

Peter Filzmaier/Cornelia Klepp (Wien)

Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung

Mit der Einführung von Wählen mit 16 in Österreich ist das Thema Politische Bildung politisch und medial stark thematisiert worden. Dieses öffentliche Interesse hat jedoch auch zusehends auf ein Defizit aufmerksam gemacht, nämlich das häufige Fehlen von umfangreichen Daten zu den Einstellungen von Jugendlichen bzw. LehrerInnen zu Politik und Politischer Bildung. Oft liegen nur subjektive Erfahrungswerte bzw. Einzelfallstudien vor, doch sind teilweise erst im Zuge der Wahlaltersenkung umfassende Studien zu den entsprechenden Einstellungen durchgeführt worden.

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse von Befragungen unter Jugendlichen und LehrerInnen mit jenen der Gesamtbevölkerung verglichen und ausgehend davon die These, wonach die österreichische Jugend als politikverdrossen gilt, geprüft. Ein erster Gesamtbefund zeigt, dass sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu Politik bzw. hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses und Politikinteresses weit weniger unterscheiden, als ursprünglich angenommen. Zudem gibt es eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit mit wenigen radikalen DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind. Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Kluft unter den Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

*Keywords: Wählen mit 16, Politische Bildung, Politikverdrossenheit, Demokratieverständnis, Politikinteresse
voting age of 16, civic education, political mistrust, understanding of democracy, political interest*

Spätestens seit 1978 – dem Jahr eines entsprechenden Grundsatzerlasses¹ des damals zuständigen Ministeriums und der Einführung als Unterrichtsprinzip – ist Politische Bildung speziell für Jugendliche in Österreich ein zentrales Thema. Mindestens ebenso alt sind Diskussionen über eigene Schulfächer dafür. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und einer entsprechenden Schwerpunktsetzung von Bildungsinstitutionen haben 2008 sowohl Programme der Politischen Bildung als auch öffentlich-mediale Debatten darüber hinaus eine Intensivierung erfahren.

Das Paradoxon dabei: Herangehensweisen bzw. Theoriemodelle und Didaktikkonzepte Politischer Bildung finden sich in der jüngeren und traditionellen Literatur ebenso zahlreich wie Projektberichte (siehe exemplarisch viele Beiträge von Dachs 1996 bis Klepp/Rippitsch 2008). Zur Konkretisierung und Umsetzung theoretischer Modelle werden seltener spezifische Programme der Aus- und Fortbildung entworfen oder spezielle Lehrbücher geschrieben (Forum Politische Bildung 1991ff.; AWS 2001; Dachs/Fassmann 2002; Dachs/Diendorfer/Fassmann 2005; Filzmaier 2007b u.a.). Stark zugenommen haben lediglich Internetangebote für PolitikvermittlerInnen.² Trotz nunmehr jahrzehntelanger Überlegungen bzw. Aktivitäten von WissenschaftlerInnen

Peter Filzmaier/Cornelia Klepp (Wien)

Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung

Mit der Einführung von Wählen mit 16 in Österreich ist das Thema Politische Bildung politisch und medial stark thematisiert worden. Dieses öffentliche Interesse hat jedoch auch zusehends auf ein Defizit aufmerksam gemacht, nämlich das häufige Fehlen von umfangreichen Daten zu den Einstellungen von Jugendlichen bzw. LehrerInnen zu Politik und Politischer Bildung. Oft liegen nur subjektive Erfahrungswerte bzw. Einzelfallstudien vor, doch sind teilweise erst im Zuge der Wahlaltersenkung umfassende Studien zu den entsprechenden Einstellungen durchgeführt worden.

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse von Befragungen unter Jugendlichen und LehrerInnen mit jenen der Gesamtbevölkerung verglichen und ausgehend davon die These, wonach die österreichische Jugend als politikverdrossen gilt, geprüft. Ein erster Gesamtbefund zeigt, dass sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu Politik bzw. hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses und Politikinteresses weit weniger unterscheiden, als ursprünglich angenommen. Zudem gibt es eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit mit wenigen radikalen DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind. Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Kluft unter den Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

*Keywords: Wählen mit 16, Politische Bildung, Politikverdrossenheit, Demokratieverständnis, Politikinteresse
voting age of 16, civic education, political mistrust, understanding of democracy, political interest*

Spätestens seit 1978 – dem Jahr eines entsprechenden Grundsatzerlasses¹ des damals zuständigen Ministeriums und der Einführung als Unterrichtsprinzip – ist Politische Bildung speziell für Jugendliche in Österreich ein zentrales Thema. Mindestens ebenso alt sind Diskussionen über eigene Schulfächer dafür. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und einer entsprechenden Schwerpunktsetzung von Bildungsinstitutionen haben 2008 sowohl Programme der Politischen Bildung als auch öffentlich-mediale Debatten darüber hinaus eine Intensivierung erfahren.

Das Paradoxon dabei: Herangehensweisen bzw. Theoriemodelle und Didaktikkonzepte Politischer Bildung finden sich in der jüngeren und traditionellen Literatur ebenso zahlreich wie Projektberichte (siehe exemplarisch viele Beiträge von Dachs 1996 bis Klepp/Rippitsch 2008). Zur Konkretisierung und Umsetzung theoretischer Modelle werden seltener spezifische Programme der Aus- und Fortbildung entworfen oder spezielle Lehrbücher geschrieben (Forum Politische Bildung 1991ff.; AWS 2001; Dachs/Fassmann 2002; Dachs/Diendorfer/Fassmann 2005; Filzmaier 2007b u.a.). Stark zugenommen haben lediglich Internetangebote für PolitikvermittlerInnen.² Trotz nunmehr jahrzehntelanger Überlegungen bzw. Aktivitäten von WissenschaftlerInnen

Peter Filzmaier/Cornelia Klepp (Wien)

Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung

Mit der Einführung von Wählen mit 16 in Österreich ist das Thema Politische Bildung politisch und medial stark thematisiert worden. Dieses öffentliche Interesse hat jedoch auch zusehends auf ein Defizit aufmerksam gemacht, nämlich das häufige Fehlen von umfangreichen Daten zu den Einstellungen von Jugendlichen bzw. LehrerInnen zu Politik und Politischer Bildung. Oft liegen nur subjektive Erfahrungswerte bzw. Einzelfallstudien vor, doch sind teilweise erst im Zuge der Wahlaltersenkung umfassende Studien zu den entsprechenden Einstellungen durchgeführt worden.

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse von Befragungen unter Jugendlichen und LehrerInnen mit jenen der Gesamtbevölkerung verglichen und ausgehend davon die These, wonach die österreichische Jugend als politikverdrossen gilt, geprüft. Ein erster Gesamtbefund zeigt, dass sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu Politik bzw. hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses und Politikinteresses weit weniger unterscheiden, als ursprünglich angenommen. Zudem gibt es eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit mit wenigen radikalen DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind. Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Kluft unter den Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

*Keywords: Wählen mit 16, Politische Bildung, Politikverdrossenheit, Demokratieverständnis, Politikinteresse
voting age of 16, civic education, political mistrust, understanding of democracy, political interest*

Spätestens seit 1978 – dem Jahr eines entsprechenden Grundsatzerlasses¹ des damals zuständigen Ministeriums und der Einführung als Unterrichtsprinzip – ist Politische Bildung speziell für Jugendliche in Österreich ein zentrales Thema. Mindestens ebenso alt sind Diskussionen über eigene Schulfächer dafür. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und einer entsprechenden Schwerpunktsetzung von Bildungsinstitutionen haben 2008 sowohl Programme der Politischen Bildung als auch öffentlich-mediale Debatten darüber hinaus eine Intensivierung erfahren.

Das Paradoxon dabei: Herangehensweisen bzw. Theoriemodelle und Didaktikkonzepte Politischer Bildung finden sich in der jüngeren und traditionellen Literatur ebenso zahlreich wie Projektberichte (siehe exemplarisch viele Beiträge von Dachs 1996 bis Klepp/Rippitsch 2008). Zur Konkretisierung und Umsetzung theoretischer Modelle werden seltener spezifische Programme der Aus- und Fortbildung entworfen oder spezielle Lehrbücher geschrieben (Forum Politische Bildung 1991ff.; AWS 2001; Dachs/Fassmann 2002; Dachs/Diendorfer/Fassmann 2005; Filzmaier 2007b u.a.). Stark zugenommen haben lediglich Internetangebote für PolitikvermittlerInnen.² Trotz nunmehr jahrzehntelanger Überlegungen bzw. Aktivitäten von WissenschaftlerInnen

und PraktikerInnen fehlt es daher weitgehend an systematischen Daten zu den Sichtweisen der Zielgruppen Jugendliche und deren LehrerInnen.

Mit anderen Worten: Es werden von ExpertInnen Positionen bezogen, ohne – von subjektiven Erfahrungen, partiellen Evaluationen, vereinzelt Sekundärdaten usw. abgesehen (siehe u.a. Filzmaier/Ingruber 2001) – empirisch belegbar viel über Meinungen, Einstellungen und Werte zur Politischen Bildung von Jugendlichen bzw. SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu wissen. In Deutschland gibt es nicht zuletzt deshalb umfassendere und klarere Vorschläge für Politische Bildung (als Standardwerke etwa Lange/Reinhart 2007 und Sander 2007), in Österreich wird in Relation dazu dilettiert.

Bezeichnenderweise mussten lange Zeit insbesondere Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung indirekt aus allgemeinen Wertestudien (siehe dazu Friesl/Kromer/Polak 2008 als Berichtsband zur Österreichischen Jugend Wertestudie 2006/07, welche die Wertewelt und die Lebenseinstellung von Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren im Kontext des sozialen Wandels als Zeitvergleich von 1990 bis 2006 analysiert³), sowie aus Wahlstudien und Nachwahlbefragungen (SORA 2005 und ISA/SORA 2009) geschlussfolgert werden.

Bei Letzteren ist unbestritten, dass Wahlen als Ausnahmesituation eine intervenierende Variable darstellen, so dass es zu bedingt typischen Kurzeitergebnissen oder der Messung von Momentaufnahmen kommen kann. Längerfristige und wahlunabhängige Erhebungen für einen empirischen Befund, was junge Zielgruppen und – im Regelfall weniger junge VermittlerInnen Politischer Bildung – über eben diese denken, sind erst in der allerjüngsten Vergangenheit und ausgelöst durch Wahlen mit 16 häufiger geworden (Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a; Ulram 2007; Großegger 2007; Großegger/Heinzelmaier 2007 sowie BMUKK 2008). Davor gab es rund um das Thema Jugend und Politik primär regionale Studien, welche vor allem aufweisen (etwa Karlhofer/Seeber 1997; Karlhofer/Seeber 2000 oder Karlhofer 2006).

Diese liefern insbesondere durch ihre breite Ausrichtung sowie die Unabhängigkeit von Wahlzeitpunkten bzw. unmittelbar auf Wahlen bezogenen Fragestellungen wertvolle Erkenntnisse, haben jedoch ebenfalls eher einen Fokus auf politische Einstellungen generell und beschäftigen sich in Relation dazu weniger mit der konkreten Position von Jugendlichen zur Politischen Bildung. Allgemein werden in Studien (zu) selten Vergleiche mit den Ansichten der LehrerInnen hergestellt. Was unverändert großteils fehlt, sind Querverbindungen zu den Meinungen der Eltern. Abgesehen von der Option, Daten über Politeinstellungen von Erwachsenen mit der üblichen Statistikfrage nach der Kinderzahl zu korrelieren bzw. in Kreuztabellen darzustellen, werden entsprechende Fragen im Regelfall nicht auf die Elternrolle bezogen und/oder in Verbindung mit Politischer Bildung im jeweiligen Schultyp der Nachkommen usw. gestellt.

1. Gesellschaft und Politik aus Sicht der Jugend

1.1 Gesellschaftliche Grundwerte

Vor einer Beurteilung der Ansichten von Jugendlichen zu Demokratie und Politik ist deren grundsätzliches Selbst- und Gesellschaftsverständnis zu beachten. Schlüsselfragen im Zusammenhang mit Politischer Bildung dabei sind:

- Inwiefern unterscheiden sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Zielen von Erwachsenen?
- Sind Jugendliche in Österreich grundsätzlich konservativ oder liberal?

Für konkrete Zahlenvergleiche bietet sich die größte Bevölkerungsgruppe von über 50 Jahren an, welcher neben den PensionistInnen (quasi als Gegenpol zu erst in Ausbildung befindlichen Menschen) zu einem großen Teil politische und wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen sowie LehrerInnen angehören. Altersspezifische Differenzen ergeben sich hierbei vor allem in der Ausprägung von Meinungen, nicht jedoch in deren Mehrheitstendenz.

Beispielsweise ist (IMAS 2007, 2ff.⁴) für knapp drei Viertel der über 50-Jährigen eine langfristige Pensionssicherung besonders wichtig. Doch meinen das genauso viele unter den 25- bis 34-Jährigen sowie im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. Bei den 16- bis 24-jährigen Jugendlichen ist der Vergleichswert mit 59 Prozent zwar signifikant (minus 13 Prozentpunkte) geringer, doch ordnet ja somit ebenfalls eine klare Mehrheit dem Thema Pensionen höchste Bedeutung zu. Allgemein lautet das Verhältnis beim Wunsch für bessere Sozialgesetze zwischen jüngster und ältester Gruppe 50 zu 59 Prozent.

Ähnlich die Indikatoren für Werte, welche häufig als Grundlage für Links-Rechts-Schemas herangezogen werden. Nur oberflächlich betrachtet sind Jugendliche in Österreich gemäß den zitierten IMAS-Daten liberaler als ältere StaatsbürgerInnen. In einer Gegenüberstellung der Einstellungen von 14- bis 24-Jährigen sowie über 50-Jährigen befürworteten junge Menschen seltener eine *law and order*-Politik (mit 54 zu 71 Prozent Zustimmung), strengere Immigrations- und Asylgesetze (55 zu 68 Prozent) oder auch weniger Pornografie (19 zu 42 Prozent).

Wer diese Zahlen liest, bemerkt zugleich die jeweils klare Mehrheit für härtere Strafen und eine strikte „Ausländerpolitik“ – nicht einmal jeder dritte Jugendliche (27 Prozent im Jahr 2007) will eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen. Analog dazu sind 14- bis 24-Jährige nicht so heimatbewusst und wollen eher den Einfluss der Kirche zurückdrängen (37 zu 20 Prozent), doch gibt es dafür keine konservative Mehrheit.

Die Orientierung der Jugend an – auch, nicht nur – vermeintlich „rechten“ Themen bestätigt sich in einer Studie des Renner-Instituts (Palme/Filzmaier 2008)⁵, die ergibt, dass 34 Prozent sehr und weitere 49 Prozent etwas – in Summe also mehr als vier von fünf Jugendlichen – ein Ansteigen der Kriminalität befürchten. Ebenso vier Fünftel (81 Prozent) sagen, dass mehr für den Schutz gegen Verbrechen zu tun wäre.

Ein Drittel hat Angst vor einem Zusammenbruch des politischen Systems. Fast zwei Drittel meinen, dass für die Integration von AusländerInnen entweder eindeutig zu viel oder klar zu wenig gemacht wird. 30 Prozent lehnen es dezidiert ab, dass Nicht-ÖsterreicherInnen gleiche Rechte haben. Im Vergleich dazu wollen sechs von zehn Jugendlichen den Zuzug von AusländerInnen stärker begrenzen. Vice versa schätzt allerdings eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent soziale Gerechtigkeit als wichtigeren Wert ein als die Freiheit des Marktes. Jugendliche vertreten demzufolge eher sozial- als wirtschaftsliberale Standpunkte und sind in Verbindung mit AusländerInnen stärker „rechts“ und sozialpolitisch durchaus mehr „links“ eingestellt. Direktfragen nach der ideologischen Selbsteinschätzung bringen unter Jugendlichen hingegen kaum verwertbare Ergebnisse (ISA/SORA 2009⁶), weil fast die Hälfte sich als „in der Mitte“ verortet und jeweils rund 20 weitere Prozent als „eher rechts“ oder „eher links“. Extrempositionen will kaum jemand einnehmen.

1.2 Demokratie- und Politikverständnis

Über Politik wird jedenfalls unter Jugendlichen zumindest im Kreis von Freunden und Freundinnen nicht vordergründig gesprochen. Man redet untereinander am liebsten über Themen wie

die Gestaltung des Freizeitprogramms, Musik oder Probleme in der Schule. Gemäß einer Studie des Instituts für Jugendkulturforschung (Großegger 2007) geben nur acht Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen elf bis 14 Jahren an, mit FreundInnen über Politik zu sprechen. Immerhin 29 Prozent der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren tun das.

Die Ergebnisse quantitativer Umfragen für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) zeigten, dass Demokratie von Jugendlichen sehr auf den Wahlzusammenhang reduziert wird. Es gibt meist ein sehr enges Verständnis dafür, was Politik umfasst bzw. sein kann. Die vielfältigen Dimensionen von Politik und politischen Prozessen werden oft erst bewusst, wenn ein Bezug zur jugendlichen Lebenswelt hergestellt wird. Zitate von Jugendlichen – aus den *focus groups* zu diesen Umfragen⁷ – lauten etwa „*Wir dürfen wählen!*“ und „*Wir entscheiden, wer für uns entscheidet!*“ als Definition von Politik (Filzmaier 2007a, 8).⁸ Jugendliche haben zudem einen sehr institutionalisierten Politikbegriff, und Politik wird primär *top down* aus Sicht der Regierenden und wenig *bottom up* als von den Regierten ausgehend verstanden.

Die Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist bei den jugendlichen ÖsterreicherInnen trotzdem hoch (Filzmaier 2007a, 7ff.). Unter den 14- bis 24-Jährigen ist eine klare Mehrheit von mehr als zwei Drittel bzw. 69 Prozent mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden, es gibt kaum völlig unzufriedene Jugendliche. Relativierend und mahnend ist anzumerken, dass es kaum grundsätzliche DemokratiegegnerInnen gibt, jedoch ein bedenklicher Anteil von latent Unzufriedenen festgestellt werden kann. Fast ein Viertel (23 Prozent) der Jugendlichen ist mit der Demokratie nicht besonders zufrieden.

Genau ein Fünftel der Jugendlichen (20 Prozent) bezeichneten sich im Jahr 2007 als politisch sehr interessiert, 2009 waren es 26 Prozent (Filzmaier 2007a und ISA/SORA 2009). Zumindest etwas politisches Interesse geben jedoch konstant rund zwei Drittel (in Summe 68 bzw. 64 Prozent) an. Etwas mehr als die Hälfte glaubt, eine deutliche politische Meinung zu haben, wobei das stark damit korreliert, ob sie bereits als Kind politische Eindrücke erlebt haben. Mit dem politischen Interesse – und nicht unbedingt mit einer höheren Wahlabsicht – steigt eindeutig die Demokratiezufriedenheit. Jeder fünfte Jugendliche (19 Prozent) präferiert einen „starken Mann“ in der Politik.

Abbildung 1: Autoritätsbewusstsein von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

Es befürworten ...	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre			alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren
	2008*	2007	2005	
... einen starken Mann	19	19	9	16
... mehrere Entscheidungsträger	80	81	90	82
keine Angabe	1	0	1	2

* 16- bis 18-Jährige.

Angaben in Prozent.

Quellen: Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a, Palme/Filzmaier 2008. Die Datenquelle sind jeweils repräsentative Meinungsumfragen der Institute OGM (2005/07) und IFES (2008), siehe dazu die entsprechenden Fußnoten im Text.

In der Zeit 2007/08 sind diese Daten konstant und für alle jungen Altersteilgruppen höher als ein paar Jahre zuvor. Zudem gilt: Je geringer das politische Interesse und die Wahlabsicht, desto stärker die Neigung zu autoritären Führungspersönlichkeiten.

Parallel dazu zeigt sich unter jungen Menschen eine latent negative Meinung über traditionelle Politik, obwohl deren Staatsbezogenheit sogar begrüßt wird („*Politik ist Entscheidungen zu treffen, die andere nicht treffen können*“). Allgemein kommt im Politikverständnis von Jugendlichen der starke Staat als unumstrittene Tatsache und sogar – im Sinne einer unkritischen Anerkennung staatlicher Autorität – überraschend positiv bewertet zum Ausdruck.

Als konkrete Missstände der Politik werden vor allem tagesaktuell in den Medien sehr präsenre Ereignisse bzw. Entwicklungen genannt. Emotionale Kritik gibt es vor allem gegen bestimmte Parteien und PolitikerInnen als Personen.

Immerhin rund ein Viertel will mit politischen Parteien überhaupt nichts zu tun haben. Ein knappes Viertel (23 Prozent) ist fest überzeugt, dass PolitikerInnen sich nicht um die Meinung junger Menschen kümmern. Weitere 43 Prozent stimmen dem wenigstens tendenziell zu. Daraus resultiert eine Gleichgültigkeit, dass es egal wäre, welche politische Partei regiert. Dazu passt als knappe Minderheitsmeinung, die Regierung würde das Beste für die Bevölkerung tun. Ebenso viele sehen die Wirtschaft für wichtiger als die Politik an.

Vom Bundespräsidenten haben 57 Prozent der Jugendlichen eine gute Meinung – das ist freilich wenig, denn über 90 Prozent haben diese von Feuerwehr und Rotem Kreuz, rund 80 Prozent von Sozial- und Umweltorganisationen sowie der Polizei. Abgeschlagen sind mit unter 50 Prozent Parlament, Gewerkschaft und Parteien (Palme/Filzmaier 2008). Umgekehrt werden PolitikerInnen positiv gesehen, wenn es ihnen gelingt, bei jungen Menschen eine persönliche Betroffenheit herzustellen bzw. ihr Lebensumfeld zu verbessern.

Abbildung 2: Politikimages bei 14- bis 20-jährigen Jugendlichen

	stimme sehr zu	stimme etwas zu	stimme weniger zu	stimme gar nicht zu
Welche Partei gerade in der Regierung ist, hat auf mein Leben nicht den geringsten Einfluss	28	28	26	17
Die Politiker kümmern sich nicht viel um das, was junge Leute denken	23	43	24	9
In der heutigen Welt ist die Wirtschaft das Wichtigste, Politik eher unwichtig	10	40	33	16
Die Regierung tut ihr Bestes um herauszufinden, was die Bevölkerung wirklich will	10	37	35	17
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	8	20	31	41
Wozu Politik gut sein soll, weiß ich nicht wirklich	6	20	28	45

Angaben in Prozent.

Quelle: Palme/Filzmaier 2008 nach IFES-Repräsentativumfragen.

1.3 Ansichten zur Politischen Bildung

Eine Zweidrittelmehrheit der Jugendlichen (64 Prozent) meint, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Selten haben Jugendliche allerdings eine klare Vorstellung von Politischer Bildung, obwohl bis zu drei Viertel meinen, eine solche zu haben. In den *focus groups* zeigen sich dennoch große Unsicherheiten, was Politische Bildung im Detail sein kann. Sind freie Assoziationen gewünscht, gibt es kaum Wortmeldungen dazu. Nach einer längeren Nachdenkpause kommt es analog zum Politikbegriff wiederum zu sehr institutionellen Assoziationen.

Quantitativ finden die Aussagen, dass Politische Bildung Institutionenlehre wäre und an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll zwischen 80 und 90 Prozent Zustimmung (Filzmaier 2007a, 15). Nichtregierungsorganisationen wird demgegenüber ein bescheidener Stellenwert als Politische BildnerInnen eingeräumt. Trotz eines Lippenbekenntnisses für Politische Bildung als Förderung selbstständigen Handelns folgt daraus eine geringe Bereitschaft zu politischem Aktivismus. Nur zwischen 25 und 30 Prozent der Jugendlichen sind bereit, sich an Demonstrationen, der Sammlung von Unterschriften oder einem Streik zu beteiligen.

Abbildung 3: Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	88	10
Politische Bildung soll vor allem in der Schule und an Universitäten vermittelt werden	83	16
Ich würde an einer Demonstration teilnehmen/für ein politisches Thema Unterschriften sammeln/mich an einem Streik beteiligen	30/27/25	70/73/75
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	72	25
Was Politische Bildung sein soll, das weiß ich eigentlich nicht	21	78

Angaben in Prozent.

Quelle: Filzmaier 2007a und Palme/Filzmaier 2008 nach OGM- und IFES-Repräsentativumfragen.

Hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es folgende Gruppen von Inhalten (Filzmaier 2007, 13f. und Palme/Filzmaier 2008):

- Für fast die Hälfte (44 bzw. 43 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen Wunschthemen, die im Unterricht häufiger behandelt werden sollten. Auch meinen 56 Prozent, dass für Geschlech-

tergleichheit zu wenig von der Politik getan würde, obwohl nur ein sehr kleiner Anteil (vier Prozent) die Überzeugung stark anstatt bloß etwas vertritt.

- Das Mittelfeld mit rund einem Drittel (36 und zweimal 31 Prozent) Jugendlicher, die hier unzureichende Aktivitäten sehen, bilden Globalisierung, Zeitgeschichte (als die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt) und Wahlen bzw. politische Beteiligung. Jugendliche wünschen sich in diesem Zusammenhang auch weniger JungkandidatInnen auf Parteilisten, sondern eher Personen in öffentlichen Institutionen – wie etwa Ombudsleute bzw. JugendreferentInnen – die AnsprechpartnerInnen für ihre Anliegen darstellen.
- Schlusslichter – d.h. von den Jugendlichen als nicht verstärkt aufzugreifende Themen eingestuft – sind nicht nur EU-ropa, sondern überraschend auch (Neue) Medien und aktuelle politische Ereignisse, wo für rund drei Viertel der Jugendlichen (75 und 73 Prozent) genug oder sogar zu viel getan wird.

Fast drei Viertel (71 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen befürworten an Schulen ausdrücklich ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, das *nicht* in Kombination mit anderen Fächern stattfindet. Schule und Universität sind als neutrale Orte Politischer Bildung anerkannt: 93 Prozent (!) sehen da die Schule als sehr (59 Prozent) oder eher wichtig. 83 Prozent meinen, dass Politische Bildung vor allem an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll. Zudem kommt dem Elternhaus viel Bedeutung zu. Für ungefähr drei Viertel der 16- bis 18-Jährigen waren Mutter und/oder Vater Ansprechpersonen für eine Diskussion zur Nationalratswahl 2008 (ISA/SORA 2009).

2. Einstellungen von LehrerInnen

In der Geschichte Politischer Bildung in Österreich muss zwischen Schulfach und Unterrichtsprinzip unterschieden werden (für einen frühen Kurzüberblick siehe Filzmaier 2003). Als Gegenstand bzw. Fach gab es Politische Bildung in Österreich bis 2008 an Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und – mit unterschiedlichen Namenskombinationen – an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS). In Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wurde mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 für die Oberstufe das Fach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ als Pflichtgegenstand eingeführt, nachdem vorher lediglich die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstands und einer unverbindlichen Übung bestand.

2008/09 ergab sich eine Veränderung bzw. Ausweitung, als zusätzlich das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ für die achte Schulstufe entstand. Als Fächerkombination ist Politische Bildung somit erstmals flächendeckend in der Sekundarstufe I verankert. Politische Bildung ist zugleich in den Lehrplänen generell gestärkt worden.

Zusätzlich gibt es an österreichischen Schulen seit 1978 ein Unterrichtsprinzip Politische Bildung, das in allen Schultypen, -gegenständen und -stufen vermittelt bzw. berücksichtigt werden soll. Infolge dieser alters- und fachunabhängigen Verankerung ist theoretisch jede/r LehrerIn zur Politischen Bildung berufen. In der Realität stellt sich die Frage, mit welcher Qualifikation Politische Bildung an SchülerInnen vermittelt werden soll.

Es fehlt weitgehend eine standardisierte Ausbildung, die LehrerInnen für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bzw. für das Unterrichten des Faches/der Fächerkombination befähigt. Universitäre Angebote im Bereich der Politischen Bildung existieren bis dato an den Universitäten Krems und Klagenfurt bzw. an der Universität Salzburg.

Gegenwärtig gibt es im österreichischen Schulwesen zwölf Unterrichtsprinzipien.⁹ Unter den LehrerInnen sind diese relativ unbekannt. Fast ein Viertel konnte 2008 spontan, d.h. bei ungestützter Fragestellung, kein solches Prinzip nennen (BMUKK 2008). Den höchsten Bekanntheitsgrad innerhalb der Unterrichtsprinzipien hat die Politische Bildung. 49 Prozent der LehrerInnen geben ungestützt an, das entsprechende Unterrichtsprinzip zu kennen, während andere Prinzipien lediglich zwischen drei und 16 Prozent einfallen. Ein Positiveinfluss zugunsten Politischer Bildung durch das mediale Echo von Wahlen mit 16 und der begleitenden Demokratieinitiative ist dabei wahrscheinlich. Der Bekanntheitsgrad des Unterrichtsprinzips Politische Bildung korreliert mit dem politischen Interesse. Unabhängig davon lässt der Prozentsatz keine Schlussfolgerungen über die Qualität und Quantität der Umsetzung von politischen Inhalten im Unterricht zu.

Dazu gibt es wiederum bloß subjektive Erfahrungswerte und Einzelfallstudien (Filzmaier/Ingruber 2001), jedoch kaum umfassende Daten. Das seit über 30 Jahren existierende Unterrichtsprinzip wurde vor 2008 nie vollständig evaluiert. Analog zu den oft unbekanntem Einstellungen der SchülerInnen wird selten erforscht, was LehrerInnen als hauptsächliche VermittlerInnen über Politik und Politische Bildung denken. Das daraus resultierende Wissensdefizit ist umso dramatischer, als LehrerInnen mit Vorurteilen aller Art konfrontiert sind, etwa, dass sie in ihrer politischen Bildungsarbeit parteipolitisch manipulativ agieren würden.

Eine bislang unveröffentlichte Pilotstudie des BMUKK unter LehrerInnen – zu ansonsten internen Teilergebnissen siehe Filzmaier 2008 – hat versucht¹⁰, gesichertes Wissen zu liefern, wobei bewusst zum Teil parallele Fragestellungen gewählt wurden, welche in der oben zitierten BMUKK-Jugendstudie enthalten waren. Im Vergleich zeigen sich sofort augenscheinliche Parallelen hinsichtlich des Demokratieverständnisses und Politikinteresses.

Insgesamt war 2008 eine klare Mehrheit von über zwei Drittel (69 Prozent) der LehrerInnen mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden. Das entsprach exakt den Werten für Jugendliche aus der Parallelstudie. Genauso war 2007/08 in beiden Gruppen rund ein Viertel (28 bzw. 23 Prozent) mit der Demokratie nicht besonders zufrieden. Auch hinsichtlich des politischen Interesses – bis zu zwei Drittel behaupten jeweils, sich sehr oder wenigstens etwas für Politik zu interessieren – gibt es überraschend geringe Abweichungen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen. Die Daten passen genauso zu jahrelangen Daten von Umfragen unter Erwachsenen. Allerdings ist die Hälfte der LehrerInnen mehr oder minder überzeugt, ihre SchülerInnen seien uninteressiert, und bezweifelt die Effektivität der Politischen Bildung.

Es zeigte sich zudem eine unter LehrerInnen sehr kritische Einstellung gegenüber PolitikerInnen und Parteien. 29 Prozent wollen mit Parteien nichts zu tun haben, das entspricht fast exakt dem Wert von 28 Prozent bei SchülerInnen. Erwartungsgemäß bestehen große Berührungspunkte mit der Parteipolitik, die in ihrer Intensität dennoch überraschen. Das führt dazu, dass Auseinandersetzungen mit der (Partei-)Politik im Unterricht vermieden, und im Zweifelsfall wider besseres inhaltliches Wissen andere Themenzugänge gewählt werden. Paradox ist etwa, dass PolitikerInnen in einem Amt – etwa als BezirksvorsteherIn oder BürgermeisterIn usw. – betont neutral dargestellt und nicht als (partei-)politische Menschen angesehen werden.

Bereits die Begrifflichkeit von Politische Bildung ist offenbar problematisch und erzeugt Irritationen bei den LehrerInnen, sowie nach deren Aussage auch unter Eltern und SchülerInnen. Mehrmals wird eine Begriffsänderung von den LehrerInnen angesprochen, wobei als Negativdefinition neue Begriffe sich von Parteipolitik und Indoktrinierung, jedoch auch vom Image der Politischen Bildung als verstaubte Institutionenlehre, lösen müssten. Aus Sicht der LehrerInnen wäre für Politische Bildung Demokratie als positiv besetztes Wort in einem entsprechenden Schulfach und Unterrichtsprinzip passender als der polarisierende Wortstamm Politik.

Noch stärker ist die extreme Unsicherheit der LehrerInnen im Umgang mit der eigenen politischen Position. Das ist der Grund, dass einige LehrerInnen mit großer Skepsis und manchmal Ängsten sich der Politischen Bildung und ihrem Unterrichtsprinzip nähern. Eine Zweidrittelmehrheit der LehrerInnen meint zugleich, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Das deckt sich durchaus mit den Meinungen der Jugendlichen, doch hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es zum Teil dramatische Abweichungen (siehe Abbildung 4).

3. Wissen LehrerInnen, was SchülerInnen wollen?

Klare Spitzenreiter unter den Jugendlichen als häufiger zu behandelnde Wunschthemen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen. Bei den LehrerInnen liegen diese Themen in einer Rangordnung, was zu selten oder gar nicht behandelt wird, lediglich an fünfter und achter Stelle. Der Rest behauptet, das wäre „(sehr) oft“ der Fall. In Zahlen ausgedrückt: Während fast die Hälfte der SchülerInnen mindestens in der Häufigkeit der Themenbehandlung von Geschlechtergleichheit und Integration Defizite im Unterricht ortet, sind bis zu 70 Prozent der LehrerInnen gegenteiliger Meinung.

Demgegenüber meint rund die Hälfte der LehrerInnen (51 Prozent), dass zeitgeschichtliche Themen zu wenig Berücksichtigung finden. Bei Wahlen sind es mit 49 Prozent nahezu ebenso viele. Unter den Jugendlichen meinen hingegen bis zu drei Viertel, dass die Themen Zeitgeschichte – als Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt – und Wahlen ausreichend behandelt werden. Lediglich bei der Globalisierung ist die Einschätzung einer ungenügenden Beschäftigung damit bei SchülerInnen und LehrerInnen annähernd gleich.

(Neue) Medien sind ein Thema, wo ebenfalls für nur rund ein Viertel der Jugendlichen nicht genug getan wird. Diametral dazu sind Fragen von Internet und Demokratie unter LehrerInnen (für 66 Prozent) jenes Thema, das am häufigsten als zu selten besprochen angesehen wird.

Abbildung 4: Rangordnung gewünschter Themenbereiche für Politische Bildung im Vergleich

	Aus Sicht der SchülerInnen geschieht bei ... zu wenig*	Aus Sicht der LehrerInnen wird selten/gar nicht behandelt ...**
Chancengleichheit von Frauen und Männern	44 (1.)	39 (5.)
Integration von AusländerInnen	43 (2.)	31 (8.)
Globalisierung	36 (3.)	29 (9.)
Zeitgeschichte	31 (4.)	51 (2.)
Wahlen und politische Beteiligung	31 (5.)	49 (3.)
EU und Europa	29 (6.)	35 (7.)
Aktuelle politische Ereignisse im Inland	24 (7.)	41 (4.)

Angaben in Prozent bzw. Platzierung. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete jeweils „Wird zu viel, genug oder zu wenig getan für ...?“

Quelle: Filzmaier 2007a (*) und BMUKK 2008 (**) nach OGM-Repräsentativumfragen.

Weniger auffallend sind die Abweichungen beim EU-ropa-Thema und aktuellen Ereignissen, welche dennoch viel häufiger von LehrerInnen als unterrepräsentiert gesehen werden.

Hinsichtlich der Ansichten von LehrerInnen zu Politik und Politische Bildung ist es ebenfalls besonders interessant, diese mit jenen ihrer SchülerInnen bzw. von Jugendlichen zu vergleichen. Für beide Gruppen gibt es zwar ein stark ausgeprägtes institutionelles Verständnis von Politischer Bildung, d.h. die Vermittlung von Fakten wird von 78 Prozent der LehrerInnen und 88 Prozent der SchülerInnen als unabdingbare Basis gesehen, doch ist – anders als bei SchülerInnen – das Bekenntnis zu sozialen Kompetenzen unter LehrerInnen mindestens gleich groß bzw. mit 89 Prozent sogar größer.

Klar befürwortet übrigens seitens der LehrerInnen wird von 68 Prozent ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, Wählen mit 16 wurde hingegen noch 2008 von fast zwei Drittel (64 Prozent) abgelehnt. Daraus folgt, dass unabhängig von der Fachdiskussion für Wählen mit 16 sehr konkrete und greifbare Bereiche für Politische Bildung geschaffen werden müssen, um eine Negativstimmung der LehrerInnen als Stakeholder mit entsprechenden Folgewirkungen zu vermeiden.

Abbildung 5: Einstellungen von LehrerInnen zur Politik und Politische Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	78 (88)	23 (10)
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	89 (72)	11 (25)
In der Schule soll es für alle ab 14 Jahren ein ganz eigenes Fach Politische Bildung geben.	68 (71)	30 (28)
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	29 (28)	69 (72)
Manchmal wäre es sinnvoll, einen „starken Mann“ an der Staatsspitze zu haben, der weitgehend allein entscheidet	6 (19)	94 (81)
Dass Jugendliche in Zukunft mit 16 Jahren den Nationalrat wählen können, finde ich gut	33	64
Politische Bildung interessiert die Jugendlichen im Grunde überhaupt nicht, egal, wie sehr wir LehrerInnen uns um Politische Bildung bemühen	48	50

Angaben in Prozent. Die Zahlen in Klammer stellen zum Vergleich den entsprechenden Wert für SchülerInnen dar. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete „Und nun lese ich Ihnen einige Aussagen über Politik und Politische Bildung vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen zustimmen oder nicht.“

Quelle: BMUKK 2008 nach OGM-Repräsentativumfragen.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Vereinfachend ist der Gesamtbefund für Ansichten von Jugendlichen in Österreich knapp zusammenfassbar: Sie unterscheiden sich hinsichtlich der politisch-gesellschaftlichen Meinungen, Einstellungen und Werte weniger dramatisch von anderen Altersgruppen, als es landläufigen Auffassungen entspricht. Vor allem die Werte für das Demokratie- und Politikverständnis entsprechen – Politik(erInnen)- und Parteienverdrossenheit inklusive – jenen von Erwachsenen. Mehrere Thesen lassen sich als mögliche Schlussfolgerungen aus empirischen Befunden ableiten:

- Es gibt als Ausgangslage für Politische Bildung in Österreich eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit, wenig radikale DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind.
- Im Querschnitt sind Jugendliche eindeutig für mehr Politische Bildung aufgeschlossen als manche Erwachsenengruppen, sowie schulisch an einem entsprechenden Fach interessiert. Salopp ausgedrückt: Neugier für das Thema Politik kann durchaus geweckt werden, eher sind LehrerInnen skeptisch. Insofern ergeben die angesprochene Demokratieinitiative der Bundesregierung 2007/08 für Jugendliche und sogar umstrittene Aktionen wie PolitikerInnen zu ausgewählten Themen ohne Wahlkampfbezug und mit guter Vorbereitung (!) auf Schulbesuch Sinn.
- Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Zwei- oder Mehrklassengesellschaft von Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

Die Dominanz des Integrations- bzw. „AusländerInnen“-Themas lässt hingegen anhand der vorliegenden Daten allein keine (!) Rückschlüsse auf Positionierungen der SchülerInnen bzw. Jugendlichen zu. Eine verstärkte Behandlung von Aspekten des Aufeinandertreffens von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Schulunterricht etwa könnten BefürworterInnen einer multikulturellen Annäherung fordern, jedoch ebenso RassistInnen. Demgegenüber zeigt sich in der öfters gewünschte Diskussion von Geschlechterverhältnissen, dass Jugendliche in der Tat für ein verstärktes Gleichberechtigungdenken sind.

Wählen mit 16 hat eine Intensivierung von Programmen der Politischen Bildung in Österreich ausgelöst, die auch unabhängig vom Wahlalter empfehlenswert sind. So hätte die bisherige Fokussierung auf die elfte bis 13. Schulstufe bedeutet, das Thema Wahlen selbst zu behandeln, nachdem 16- bis 18-jährige SchülerInnen je nach Verlauf der Legislaturperioden bereits bis zu fünfmal (auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene und für das Bundespräsidentenamt) gewählt haben. Gleichzeitig wurde durch die altersmäßige Vorverlagerung der Politischen Bildung versucht, Jugendliche anzusprechen, solange die Schule noch weitgehend einen Lebensmittelpunkt darstellt. Für Lehrlinge ist die Berufsschule nur sehr bedingt ein solcher. Daraus ergibt sich als Notwendigkeit eine verstärkte Politische Bildung als außerschulische Aufgabe seitens der Sozialpartnerschaft (Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Gewerkschaften, BetriebsrätInnen usw.), um nicht eine Kluft der Initiativen politischer Bildungsarbeit zwischen Jugendlichen an weiterführenden Schulen und im Berufsleben zu forcieren.

Hinsichtlich der LehrerInnen als PolitikvermittlerInnen und AgentInnen bzw. MultiplikatorInnen politischer Bildungsarbeit ist festzustellen, dass diese weder bessere noch schlechtere DemokratInnen sind als ihre SchülerInnen bzw. der Rest der Bevölkerung. Sie sind auch nicht

per se politisch interessierter oder desinteressierter. Im Umkehrschluss sind LehrerInnen nicht (!) von der Politikverdrossenheit erfasst, jedoch in hohem Maße von PolitikerInnen und Parteien verdrossen, was ihren Unterricht ungleich mehr beeinflusst als die fälschlich behauptete Parteilichkeit.

Vor allem haben LehrerInnen massive Probleme im Umgang mit ihrer politischen Identität sowie zum Teil völlig andere Themenvorstellungen in der Politischen Bildung als ihr schulisches Zielpublikum. Daraus resultieren vielfältige Konsequenzen, etwa aufgrund des Identitätsdilemmas eine scheinbare Objektivität von LehrerInnen anstatt von Transparenz politischer Einstellungen. Unterschiedliche Wünsche, welche Themen Politische Bildung beinhalten soll, bedeuten hingegen keine Notwendigkeit, den Präferenzen von Jugendlichen überall entgegenkommen zu müssen – doch fehlt es womöglich am Bewusstsein, mit von den eigenen Prioritäten stark abweichenden Vorstellungen konfrontiert zu sein.

Genauso ist eine Entpolitisierung der Politischen Bildung latent gefährlich, weil sie das kritische Bewusstsein schmälert und den Autoritätsglauben fördert. Umgekehrt werden Parteien und ParteipolitikerInnen in klischeehafter Form und ohne ausreichenden Sachbezug übertrieben negativ dargestellt. Das ist bedauerlich, weil ja wie erwähnt Jugendliche durchaus den verstärkten (sachbezogenen!) Dialog mit PolitikerInnen wünschen, und bloß von den LehrerInnen eine große Scheu vor solchen Kontakten besteht.

Trotz Anerkennung des eigenständigen Handelns als zentrales Ziel der Politischen Bildung ist das Bild einer mehrheitlich an besonders innovativen, progressiven und zivilgesellschaftlichen Projektarbeiten o.ä. interessierten Jugend und LehrerInnenschaft falsch und müsste erst gezielt gefördert werden. In taktischen Überlegungen werden Parteien als politische Akteure das nicht prioritär sehen, weil der Erst- und JungwählerInnenanteil zu gering ist. Bis zu 25 Prozent der Wähler und Wählerinnen sind in Pension, nur knapp über zehn Prozent unter 30 Jahre alt. Somit ist klar, welche Zielgruppen im Wahlkampf forciert umworben werden.

Für eine Verbesserung der Politischen Bildung und ihrer Didaktik ist daher primär das Bildungssystem gefordert. Notwendigkeiten sind nach der vorliegenden Datenlage ein fortgesetzter Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebots für MultiplikatorInnen sowie der außerschulischen Politischen Bildung. Im schulischen Bereich wurde diese zuletzt intensiviert, und könnte angesichts der Datenlage eines entgegen der Aufregung nach Wahlergebnissen nur bedingten Radikalismus der Jugend vorsichtig positiv bilanzieren. Eine Erkenntnis der skizzierten Forschungsergebnisse ist jedoch, dass einige Zielgruppen besonders intensiv und andere kaum erreicht werden bzw. sich dieser Gegensatz zu verschärfen droht. Das gilt für SchülerInnen und LehrerInnen, nach Schultypen, sowie nach soziodemografischen und regionalen Kriterien gleichermaßen. Hauptzielsetzung für Politische Bildung 2009/10 muss es demzufolge sein, unter dem Motto „*Dorthin gehen, wo es weht tut!*“ den Wirkungsbereich der Bildungsarbeit auf allen Ebenen zu erweitern. Konkrete Handlungsempfehlungen für Politische Bildung in Österreich beinhalten:

- Verpflichtende statt fakultative Fortbildung für MultiplikatorInnen mit entsprechenden Anreizen wie Berufs- und Karrierevorteilen als Motivation. Basis dafür sind systematische statt singuläre Programme sowie einheitliche Standards der Inhalte und ihrer Vermittlung, etwa in Form von Kompetenzmodellen (siehe dazu den Beitrag von Wolfgang Sander in diesem Heft).
- Einen Schwerpunkt für und an Hauptschulen in der LehrerInnenbildung, durch niedrigschwellige Unterrichtsmaterialien sowie eine Stärkung der schulinternen Demokratie zur Einbeziehung der SchülerInnen (etwa als Schulgemeinschaftsausschuss für alle Schultypen

und nicht allein in höheren Schulen). Für die Zeit nach der Haupt- und Polytechnischen Schule sind von Berufsschulen die angesprochenen Kooperationen mit der Sozialpartnerschaft auszubauen.

- Politische Bildung ist schließlich von einem öffentlichen Themenbewusstsein ihrer Wichtigkeit abhängig. Anerkennt die Gesellschaft eine solche, wird das auch Quantität und Qualität der Ressourcen für Politische Bildung erhöhen. Dazu gehört nach der vorliegenden Bestandsaufnahme weiterhin eine kontinuierliche Begleitforschung, was AdressatInnen und VermittlerInnen meinen.

ANMERKUNGEN

- 1 Grundsatzlerlass Politische Bildung verfügbar unter <http://politik-lernen.at> (zuletzt abgerufen am 6. Juli 2009).
- 2 Beispielhaft kann verwiesen werden auf Vollangebote wie <http://politik-lernen.at> oder <http://demokratiezentrum.org>, sowie themen- und parteibezogen auf <http://politikkabine.at>.
- 3 Dazu wurden im August und im September 2006 vom Meinungsforschungsinstitut SPECTRA 1.231 Jugendliche in persönlichen mündlichen Interviews (*face to face*) befragt. Die Stichprobengröße betrug $n = 1.231$, woraus sich eine maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,8$ Prozent ergab. Zusätzlich wurde eine qualitative Studie durchgeführt, wobei in der Zeit von November 2006 bis Mai 2007 fünf *focus groups* (moderierte Gesprächsrunden) durchgeführt wurden. Vgl. Friesl et al. 2008, 10.
- 4 Es wurden vom 21. März bis zum 10. April 2007 nach dem Quotenverfahren 1.002 Personen befragt, welche statistisch repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren waren. Da es sich um eine *face to face*-Befragung handelte, sind einzelne Zahlen nicht im Detail mit anderen Daten 2007/08 aus diesem Beitrag vergleichbar, denen Telefoninterviews zugrunde lagen.
- 5 Der Studie im Auftrag des Renner-Instituts liegen eine repräsentative Telefonumfrage unter 1.200 14- bis 20-Jährigen sowie *focus groups* mit Jugendlichen in allen Bundesländern aus der Zeit von Februar bis Juni 2008 zugrunde.
- 6 Für diese ISA/SORA-Studie 2009 im Auftrag des BMUKK wurden in einer telefonischen Nachwahlbefragung als repräsentative Stichprobe nach dem Zufallsverfahren auf Basis von Haushalt-Screenings 1.000 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, also die (möglichen) ErstwählerInnen in der Nationalratswahl am 28. September 2008, befragt. Ergänzend fanden *focus groups* mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus statt.
- 7 Alle kursiven Zitate sind Gesprächsprotokollen zu den – siehe die vorangegangenen und nachstehenden Fußnoten – im Rahmen der einzelnen Studien durchgeführten *focus groups* entnommen, und wurden ebenda mehrmals wörtlich und/oder sinngemäß ausgesprochen.
- 8 Die Studienergebnisse basierten einerseits auf 800 Telefoninterviews unter 14- bis 24-jährigen ÖsterreicherInnen vom 4. bis zum 21. April 2007. Die Stichprobenauswahl erfolgte im Zufalls- und innerhalb des getroffenen Haushalts nach dem Quotenverfahren. Die maximale Schwankungsbreite betrug $\pm 3,7$ Prozent. Eine Faktorengewichtung wurde nach der Media-Analyse 2004 bzw. Statistik Austria 2001 durchgeführt. Andererseits wurde moderierte Gesprächsrunden mit Jugendlichen konzipiert und ausgewertet. Die Zielpersonen dieser Gruppendiskussionen umfassten jeweils nach soziodemografischen und sozioökonomischen Indikatoren einen Querschnitt von Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Gruppen wurden hinsichtlich der Kriterien Geschlecht und Milieu gemischt, jedoch bewusst für 14- bis 18-Jährige und 19- bis 24-Jährige gestaffelt organisiert. Bei der Gruppe der 19- bis 24-jährigen Jugendlichen bestand insbesondere eine leichte Übergewichtung von TeilnehmerInnen mit formal höherem Bildungsgrad (Studierende).
Für Telefoninterviews und Rekrutierung von *focus groups*-TeilnehmerInnen muss festgehalten werden, dass am wenigsten an Politik interessierte Jugendliche öfters nicht als Befragungspersonen zur Verfügung stehen wollten als politisch Interessierte. Ein gewisses Maß an positiver Selbstselektion ist daher nicht auszuschließen.
- 9 Neben der Politischen Bildung umfassen die Unterrichtsprinzipien Gesundheitserziehung, Umweltbildung, Sexualerziehung, Interkulturelles Lernen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Medienerziehung, Verkehrserziehung, Wirtschaftserziehung, Europaerziehung, Leseerziehung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit.
- 10 Insgesamt wurden als repräsentative (Quoten-)Stichprobe im November 2007 500 LehrerInnen aus Österreich telefonisch befragt. Die Grundgesamtheit und Stichprobe umfassten LehrerInnen aller Schultypen und -fächer. Das

Signifikanzniveau beträgt +/- 4,3 Prozent. Zusätzlich wurden als qualitatives Forschungsinstrument sechs *focus groups* in unterschiedlichen Landeshauptstädten und jeweils mit LehrerInnen aus dem ganzen Bundesland durchgeführt. Eine Gruppe fand nur mit VolksschullehrerInnen statt, ansonsten wurden stets LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen und -fächer eingeladen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule/AWS* (Hg.) (2001). Medienpaket Politische Bildung, Wien, Internet: <http://aws.m-services.at/docs/aws.php>.
- Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten/BMUKK* (2008). LehrerInnen und Politische Bildung – Einstellungen zum Unterrichtsprinzip, Wien, unveröffentlichter Forschungsbericht.
- Dachs, Herbert* (Hg.) (1996). Politische Bildung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/1996, Wien.
- Dachs, Herbert/Heinz Fassmann* (Hg.) (2002). Politische Bildung: Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien.
- Dachs, Herbert/ Gertraud Diendorfer/Heinz Fassmann* (Hg.) (2005). Politische Bildung, Wien.
- Dachs, Herbert* (2008). Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.). 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien, 17–34.
- Filzmaier, Peter* (2003). Politische Bildung: Was ist das?, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter* (2007a). Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen, Studie und Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUKK), Wien, als Kurzbericht verfügbar unter <http://donau-uni.ac.at/dpk>.
- Filzmaier, Peter* (2007b). Politik und Politische Bildung, Wien.
- Filzmaier, Peter* (2008). Politisches Denken von Lehrern und Schülern, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter/Daniela Ingruber* (2001). Politische Bildung in Österreich. Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses, Wien/München.
- Filzmaier, Peter/Peter Hajek* (2005). Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, Wien.
- Forum Politische Bildung* (Hg.) (1991ff). Informationen zur Politischen Bildung, Schriftenreihe, Wien, Internet: <http://www.politischebildung.com/>.
- Friesl, Christian/Ingrid, Kromer/Regina Polak* (2008). Lieben – Leisten – Hoffen: Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien.
- Großegger, Beate* (2007). Jugend zwischen MySpace und MTV, in: Beate Großegger/Bernhard Heinzlmaier: Die neuen Vorbilder der Jugend, Wien, 127–162.
- Großegger, Beate* (2008). Jugendkulturen – ein Spiegel der Gesellschaft? Szene-Kids und ihr nicht ganz einfaches Verhältnis zur Politik, Wien.
- IMAS International* (2007). Die politischen Zielsetzungen der ganz Jungen, Älteren und Alten, Report Nr. 8, Mai 2007, Linz.
- Institut für Strategieanalysen (ISA)/SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2009). Jugendstudie nach der Nationalratswahl 2008, Wien (Forschungsbericht im Erscheinen).
- Karlhofer, Ferdinand* (2006). Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (1997). Jugend und Politik in Westösterreich, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (2000). Jugend und Demokratie in Tirol, Innsbruck.
- Lange, Dirk/Volker Reinhart* (Hg.) (2007). Basiswissen Politische Bildung: Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht, 6 Bände, Baltmannsweiler.
- Palme, Imma/Peter Filzmaier* (2008). Jugendstudie des Renner-Instituts: Projektbericht, Wien.
- Ptaszynska, Aleksandra/Sabine Westphal/Natalia Waechter* (2008). Learning for Participation: Family, Peers, School, Work and Voluntary organisations, in: Wolfgang Gaiser/Reingard Spannring/Günther Ogris (Hg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen, 87–103.
- Sander, Wolfgang* (2007). Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Taunus.
- SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2005). „Wählen heißt erwachsen werden!“ – Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005, Wien.
- Ullram, Peter* (2007). Jugend und politische Orientierungen, Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ), Wien.

AUTORINNEN

Peter FILZMAIER, Univ.-Prof. Dr., ist Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Korrespondenzadresse: Department Politische Kommunikation, Donau-Universität Krems,
Dr. Karl Dorrek-Straße 30, 3500 Krems
E-Mail: peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Cornelia KLEPP, Dr.ⁱⁿ, ist Universitätsassistentin im Arbeitsbereich Didaktik der Politische Bildung an der Universität Wien sowie geschäftsführende Leiterin und wissenschaftliche Koordinatorin des Master-of-Science-Studienprogramms Politische Bildung der Universitäten Krems und Klagenfurt.

Korrespondenzadresse: Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien, Thurgasse 8/12,
1090 Wien
E-Mail: cornelia.klepp@univie.ac.at

und PraktikerInnen fehlt es daher weitgehend an systematischen Daten zu den Sichtweisen der Zielgruppen Jugendliche und deren LehrerInnen.

Mit anderen Worten: Es werden von ExpertInnen Positionen bezogen, ohne – von subjektiven Erfahrungen, partiellen Evaluationen, vereinzelt Sekundärdaten usw. abgesehen (siehe u.a. Filzmaier/Ingruber 2001) – empirisch belegbar viel über Meinungen, Einstellungen und Werte zur Politischen Bildung von Jugendlichen bzw. SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu wissen. In Deutschland gibt es nicht zuletzt deshalb umfassendere und klarere Vorschläge für Politische Bildung (als Standardwerke etwa Lange/Reinhart 2007 und Sander 2007), in Österreich wird in Relation dazu dilettiert.

Bezeichnenderweise mussten lange Zeit insbesondere Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung indirekt aus allgemeinen Wertestudien (siehe dazu Friesl/Kromer/Polak 2008 als Berichtsband zur Österreichischen Jugend Wertestudie 2006/07, welche die Wertewelt und die Lebenseinstellung von Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren im Kontext des sozialen Wandels als Zeitvergleich von 1990 bis 2006 analysiert³), sowie aus Wahlstudien und Nachwahlbefragungen (SORA 2005 und ISA/SORA 2009) geschlussfolgert werden.

Bei Letzteren ist unbestritten, dass Wahlen als Ausnahmesituation eine intervenierende Variable darstellen, so dass es zu bedingt typischen Kurzeitergebnissen oder der Messung von Momentaufnahmen kommen kann. Längerfristige und wahlunabhängige Erhebungen für einen empirischen Befund, was junge Zielgruppen und – im Regelfall weniger junge VermittlerInnen Politischer Bildung – über eben diese denken, sind erst in der allerjüngsten Vergangenheit und ausgelöst durch Wahlen mit 16 häufiger geworden (Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a; Ulram 2007; Großegger 2007; Großegger/Heinzelmaier 2007 sowie BMUKK 2008). Davor gab es rund um das Thema Jugend und Politik primär regionale Studien, welche vor allem aufweisen (etwa Karlhofer/Seeber 1997; Karlhofer/Seeber 2000 oder Karlhofer 2006).

Diese liefern insbesondere durch ihre breite Ausrichtung sowie die Unabhängigkeit von Wahlzeitpunkten bzw. unmittelbar auf Wahlen bezogenen Fragestellungen wertvolle Erkenntnisse, haben jedoch ebenfalls eher einen Fokus auf politische Einstellungen generell und beschäftigen sich in Relation dazu weniger mit der konkreten Position von Jugendlichen zur Politischen Bildung. Allgemein werden in Studien (zu) selten Vergleiche mit den Ansichten der LehrerInnen hergestellt. Was unverändert großteils fehlt, sind Querverbindungen zu den Meinungen der Eltern. Abgesehen von der Option, Daten über Politeinstellungen von Erwachsenen mit der üblichen Statistikfrage nach der Kinderzahl zu korrelieren bzw. in Kreuztabellen darzustellen, werden entsprechende Fragen im Regelfall nicht auf die Elternrolle bezogen und/oder in Verbindung mit Politischer Bildung im jeweiligen Schultyp der Nachkommen usw. gestellt.

1. Gesellschaft und Politik aus Sicht der Jugend

1.1 Gesellschaftliche Grundwerte

Vor einer Beurteilung der Ansichten von Jugendlichen zu Demokratie und Politik ist deren grundsätzliches Selbst- und Gesellschaftsverständnis zu beachten. Schlüsselfragen im Zusammenhang mit Politischer Bildung dabei sind:

- Inwiefern unterscheiden sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Zielen von Erwachsenen?
- Sind Jugendliche in Österreich grundsätzlich konservativ oder liberal?

Für konkrete Zahlenvergleiche bietet sich die größte Bevölkerungsgruppe von über 50 Jahren an, welcher neben den PensionistInnen (quasi als Gegenpol zu erst in Ausbildung befindlichen Menschen) zu einem großen Teil politische und wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen sowie LehrerInnen angehören. Altersspezifische Differenzen ergeben sich hierbei vor allem in der Ausprägung von Meinungen, nicht jedoch in deren Mehrheitstendenz.

Beispielsweise ist (IMAS 2007, 2ff.⁴) für knapp drei Viertel der über 50-Jährigen eine langfristige Pensionssicherung besonders wichtig. Doch meinen das genauso viele unter den 25- bis 34-Jährigen sowie im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. Bei den 16- bis 24-jährigen Jugendlichen ist der Vergleichswert mit 59 Prozent zwar signifikant (minus 13 Prozentpunkte) geringer, doch ordnet ja somit ebenfalls eine klare Mehrheit dem Thema Pensionen höchste Bedeutung zu. Allgemein lautet das Verhältnis beim Wunsch für bessere Sozialgesetze zwischen jüngster und ältester Gruppe 50 zu 59 Prozent.

Ähnlich die Indikatoren für Werte, welche häufig als Grundlage für Links-Rechts-Schemas herangezogen werden. Nur oberflächlich betrachtet sind Jugendliche in Österreich gemäß den zitierten IMAS-Daten liberaler als ältere StaatsbürgerInnen. In einer Gegenüberstellung der Einstellungen von 14- bis 24-Jährigen sowie über 50-Jährigen befürworteten junge Menschen seltener eine *law and order*-Politik (mit 54 zu 71 Prozent Zustimmung), strengere Immigrations- und Asylgesetze (55 zu 68 Prozent) oder auch weniger Pornografie (19 zu 42 Prozent).

Wer diese Zahlen liest, bemerkt zugleich die jeweils klare Mehrheit für härtere Strafen und eine strikte „Ausländerpolitik“ – nicht einmal jeder dritte Jugendliche (27 Prozent im Jahr 2007) will eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen. Analog dazu sind 14- bis 24-Jährige nicht so heimatbewusst und wollen eher den Einfluss der Kirche zurückdrängen (37 zu 20 Prozent), doch gibt es dafür keine konservative Mehrheit.

Die Orientierung der Jugend an – auch, nicht nur – vermeintlich „rechten“ Themen bestätigt sich in einer Studie des Renner-Instituts (Palme/Filzmaier 2008)⁵, die ergibt, dass 34 Prozent sehr und weitere 49 Prozent etwas – in Summe also mehr als vier von fünf Jugendlichen – ein Ansteigen der Kriminalität befürchten. Ebenso vier Fünftel (81 Prozent) sagen, dass mehr für den Schutz gegen Verbrechen zu tun wäre.

Ein Drittel hat Angst vor einem Zusammenbruch des politischen Systems. Fast zwei Drittel meinen, dass für die Integration von AusländerInnen entweder eindeutig zu viel oder klar zu wenig gemacht wird. 30 Prozent lehnen es dezidiert ab, dass Nicht-ÖsterreicherInnen gleiche Rechte haben. Im Vergleich dazu wollen sechs von zehn Jugendlichen den Zuzug von AusländerInnen stärker begrenzen. Vice versa schätzt allerdings eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent soziale Gerechtigkeit als wichtigeren Wert ein als die Freiheit des Marktes. Jugendliche vertreten demzufolge eher sozial- als wirtschaftsliberale Standpunkte und sind in Verbindung mit AusländerInnen stärker „rechts“ und sozialpolitisch durchaus mehr „links“ eingestellt. Direktfragen nach der ideologischen Selbsteinschätzung bringen unter Jugendlichen hingegen kaum verwertbare Ergebnisse (ISA/SORA 2009⁶), weil fast die Hälfte sich als „in der Mitte“ verortet und jeweils rund 20 weitere Prozent als „eher rechts“ oder „eher links“. Extrempositionen will kaum jemand einnehmen.

1.2 Demokratie- und Politikverständnis

Über Politik wird jedenfalls unter Jugendlichen zumindest im Kreis von Freunden und Freundinnen nicht vordergründig gesprochen. Man redet untereinander am liebsten über Themen wie

die Gestaltung des Freizeitprogramms, Musik oder Probleme in der Schule. Gemäß einer Studie des Instituts für Jugendkulturforschung (Großegger 2007) geben nur acht Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen elf bis 14 Jahren an, mit FreundInnen über Politik zu sprechen. Immerhin 29 Prozent der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren tun das.

Die Ergebnisse quantitativer Umfragen für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) zeigten, dass Demokratie von Jugendlichen sehr auf den Wahlzusammenhang reduziert wird. Es gibt meist ein sehr enges Verständnis dafür, was Politik umfasst bzw. sein kann. Die vielfältigen Dimensionen von Politik und politischen Prozessen werden oft erst bewusst, wenn ein Bezug zur jugendlichen Lebenswelt hergestellt wird. Zitate von Jugendlichen – aus den *focus groups* zu diesen Umfragen⁷ – lauten etwa „*Wir dürfen wählen!*“ und „*Wir entscheiden, wer für uns entscheidet!*“ als Definition von Politik (Filzmaier 2007a, 8).⁸ Jugendliche haben zudem einen sehr institutionalisierten Politikbegriff, und Politik wird primär *top down* aus Sicht der Regierenden und wenig *bottom up* als von den Regierten ausgehend verstanden.

Die Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist bei den jugendlichen ÖsterreicherInnen trotzdem hoch (Filzmaier 2007a, 7ff.). Unter den 14- bis 24-Jährigen ist eine klare Mehrheit von mehr als zwei Drittel bzw. 69 Prozent mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden, es gibt kaum völlig unzufriedene Jugendliche. Relativierend und mahnend ist anzumerken, dass es kaum grundsätzliche DemokratiegegnerInnen gibt, jedoch ein bedenklicher Anteil von latent Unzufriedenen festgestellt werden kann. Fast ein Viertel (23 Prozent) der Jugendlichen ist mit der Demokratie nicht besonders zufrieden.

Genau ein Fünftel der Jugendlichen (20 Prozent) bezeichneten sich im Jahr 2007 als politisch sehr interessiert, 2009 waren es 26 Prozent (Filzmaier 2007a und ISA/SORA 2009). Zumindest etwas politisches Interesse geben jedoch konstant rund zwei Drittel (in Summe 68 bzw. 64 Prozent) an. Etwas mehr als die Hälfte glaubt, eine deutliche politische Meinung zu haben, wobei das stark damit korreliert, ob sie bereits als Kind politische Eindrücke erlebt haben. Mit dem politischen Interesse – und nicht unbedingt mit einer höheren Wahlabsicht – steigt eindeutig die Demokratiezufriedenheit. Jeder fünfte Jugendliche (19 Prozent) präferiert einen „starken Mann“ in der Politik.

Abbildung 1: Autoritätsbewusstsein von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

Es befürworten ...	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre			alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren
	2008*	2007	2005	
... einen starken Mann	19	19	9	16
... mehrere Entscheidungsträger	80	81	90	82
keine Angabe	1	0	1	2

* 16- bis 18-Jährige.

Angaben in Prozent.

Quellen: Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a, Palme/Filzmaier 2008. Die Datenquelle sind jeweils repräsentative Meinungsumfragen der Institute OGM (2005/07) und IFES (2008), siehe dazu die entsprechenden Fußnoten im Text.

In der Zeit 2007/08 sind diese Daten konstant und für alle jungen Altersteilgruppen höher als ein paar Jahre zuvor. Zudem gilt: Je geringer das politische Interesse und die Wahlabsicht, desto stärker die Neigung zu autoritären Führungspersönlichkeiten.

Parallel dazu zeigt sich unter jungen Menschen eine latent negative Meinung über traditionelle Politik, obwohl deren Staatsbezogenheit sogar begrüßt wird („*Politik ist Entscheidungen zu treffen, die andere nicht treffen können*“). Allgemein kommt im Politikverständnis von Jugendlichen der starke Staat als unumstrittene Tatsache und sogar – im Sinne einer unkritischen Anerkennung staatlicher Autorität – überraschend positiv bewertet zum Ausdruck.

Als konkrete Missstände der Politik werden vor allem tagesaktuell in den Medien sehr präsenre Ereignisse bzw. Entwicklungen genannt. Emotionale Kritik gibt es vor allem gegen bestimmte Parteien und PolitikerInnen als Personen.

Immerhin rund ein Viertel will mit politischen Parteien überhaupt nichts zu tun haben. Ein knappes Viertel (23 Prozent) ist fest überzeugt, dass PolitikerInnen sich nicht um die Meinung junger Menschen kümmern. Weitere 43 Prozent stimmen dem wenigstens tendenziell zu. Daraus resultiert eine Gleichgültigkeit, dass es egal wäre, welche politische Partei regiert. Dazu passt als knappe Minderheitsmeinung, die Regierung würde das Beste für die Bevölkerung tun. Ebenso viele sehen die Wirtschaft für wichtiger als die Politik an.

Vom Bundespräsidenten haben 57 Prozent der Jugendlichen eine gute Meinung – das ist freilich wenig, denn über 90 Prozent haben diese von Feuerwehr und Rotem Kreuz, rund 80 Prozent von Sozial- und Umweltorganisationen sowie der Polizei. Abgeschlagen sind mit unter 50 Prozent Parlament, Gewerkschaft und Parteien (Palme/Filzmaier 2008). Umgekehrt werden PolitikerInnen positiv gesehen, wenn es ihnen gelingt, bei jungen Menschen eine persönliche Betroffenheit herzustellen bzw. ihr Lebensumfeld zu verbessern.

Abbildung 2: Politikimages bei 14- bis 20-jährigen Jugendlichen

	stimme sehr zu	stimme etwas zu	stimme weniger zu	stimme gar nicht zu
Welche Partei gerade in der Regierung ist, hat auf mein Leben nicht den geringsten Einfluss	28	28	26	17
Die Politiker kümmern sich nicht viel um das, was junge Leute denken	23	43	24	9
In der heutigen Welt ist die Wirtschaft das Wichtigste, Politik eher unwichtig	10	40	33	16
Die Regierung tut ihr Bestes um herauszufinden, was die Bevölkerung wirklich will	10	37	35	17
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	8	20	31	41
Wozu Politik gut sein soll, weiß ich nicht wirklich	6	20	28	45

Angaben in Prozent.

Quelle: Palme/Filzmaier 2008 nach IFES-Repräsentativumfragen.

1.3 Ansichten zur Politischen Bildung

Eine Zweidrittelmehrheit der Jugendlichen (64 Prozent) meint, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Selten haben Jugendliche allerdings eine klare Vorstellung von Politischer Bildung, obwohl bis zu drei Viertel meinen, eine solche zu haben. In den *focus groups* zeigen sich dennoch große Unsicherheiten, was Politische Bildung im Detail sein kann. Sind freie Assoziationen gewünscht, gibt es kaum Wortmeldungen dazu. Nach einer längeren Nachdenkpause kommt es analog zum Politikbegriff wiederum zu sehr institutionellen Assoziationen.

Quantitativ finden die Aussagen, dass Politische Bildung Institutionenlehre wäre und an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll zwischen 80 und 90 Prozent Zustimmung (Filzmaier 2007a, 15). Nichtregierungsorganisationen wird demgegenüber ein bescheidener Stellenwert als Politische BildnerInnen eingeräumt. Trotz eines Lippenbekenntnisses für Politische Bildung als Förderung selbstständigen Handelns folgt daraus eine geringe Bereitschaft zu politischem Aktivismus. Nur zwischen 25 und 30 Prozent der Jugendlichen sind bereit, sich an Demonstrationen, der Sammlung von Unterschriften oder einem Streik zu beteiligen.

Abbildung 3: Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	88	10
Politische Bildung soll vor allem in der Schule und an Universitäten vermittelt werden	83	16
Ich würde an einer Demonstration teilnehmen/für ein politisches Thema Unterschriften sammeln/mich an einem Streik beteiligen	30/27/25	70/73/75
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	72	25
Was Politische Bildung sein soll, das weiß ich eigentlich nicht	21	78

Angaben in Prozent.

Quelle: Filzmaier 2007a und Palme/Filzmaier 2008 nach OGM- und IFES-Repräsentativumfragen.

Hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es folgende Gruppen von Inhalten (Filzmaier 2007, 13f. und Palme/Filzmaier 2008):

- Für fast die Hälfte (44 bzw. 43 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen Wunschthemen, die im Unterricht häufiger behandelt werden sollten. Auch meinen 56 Prozent, dass für Geschlech-

tergleichheit zu wenig von der Politik getan würde, obwohl nur ein sehr kleiner Anteil (vier Prozent) die Überzeugung stark anstatt bloß etwas vertritt.

- Das Mittelfeld mit rund einem Drittel (36 und zweimal 31 Prozent) Jugendlicher, die hier unzureichende Aktivitäten sehen, bilden Globalisierung, Zeitgeschichte (als die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt) und Wahlen bzw. politische Beteiligung. Jugendliche wünschen sich in diesem Zusammenhang auch weniger JungkandidatInnen auf Parteilisten, sondern eher Personen in öffentlichen Institutionen – wie etwa Ombudsleute bzw. JugendreferentInnen – die AnsprechpartnerInnen für ihre Anliegen darstellen.
- Schlusslichter – d.h. von den Jugendlichen als nicht verstärkt aufzugreifende Themen eingestuft – sind nicht nur EU-ropa, sondern überraschend auch (Neue) Medien und aktuelle politische Ereignisse, wo für rund drei Viertel der Jugendlichen (75 und 73 Prozent) genug oder sogar zu viel getan wird.

Fast drei Viertel (71 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen befürworten an Schulen ausdrücklich ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, das *nicht* in Kombination mit anderen Fächern stattfindet. Schule und Universität sind als neutrale Orte Politischer Bildung anerkannt: 93 Prozent (!) sehen da die Schule als sehr (59 Prozent) oder eher wichtig. 83 Prozent meinen, dass Politische Bildung vor allem an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll. Zudem kommt dem Elternhaus viel Bedeutung zu. Für ungefähr drei Viertel der 16- bis 18-Jährigen waren Mutter und/oder Vater Ansprechpersonen für eine Diskussion zur Nationalratswahl 2008 (ISA/SORA 2009).

2. Einstellungen von LehrerInnen

In der Geschichte Politischer Bildung in Österreich muss zwischen Schulfach und Unterrichtsprinzip unterschieden werden (für einen frühen Kurzüberblick siehe Filzmaier 2003). Als Gegenstand bzw. Fach gab es Politische Bildung in Österreich bis 2008 an Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und – mit unterschiedlichen Namenskombinationen – an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS). In Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wurde mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 für die Oberstufe das Fach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ als Pflichtgegenstand eingeführt, nachdem vorher lediglich die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstands und einer unverbindlichen Übung bestand.

2008/09 ergab sich eine Veränderung bzw. Ausweitung, als zusätzlich das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ für die achte Schulstufe entstand. Als Fächerkombination ist Politische Bildung somit erstmals flächendeckend in der Sekundarstufe I verankert. Politische Bildung ist zugleich in den Lehrplänen generell gestärkt worden.

Zusätzlich gibt es an österreichischen Schulen seit 1978 ein Unterrichtsprinzip Politische Bildung, das in allen Schultypen, -gegenständen und -stufen vermittelt bzw. berücksichtigt werden soll. Infolge dieser alters- und fachunabhängigen Verankerung ist theoretisch jede/r LehrerIn zur Politischen Bildung berufen. In der Realität stellt sich die Frage, mit welcher Qualifikation Politische Bildung an SchülerInnen vermittelt werden soll.

Es fehlt weitgehend eine standardisierte Ausbildung, die LehrerInnen für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bzw. für das Unterrichten des Faches/der Fächerkombination befähigt. Universitäre Angebote im Bereich der Politischen Bildung existieren bis dato an den Universitäten Krems und Klagenfurt bzw. an der Universität Salzburg.

Gegenwärtig gibt es im österreichischen Schulwesen zwölf Unterrichtsprinzipien.⁹ Unter den LehrerInnen sind diese relativ unbekannt. Fast ein Viertel konnte 2008 spontan, d.h. bei ungestützter Fragestellung, kein solches Prinzip nennen (BMUKK 2008). Den höchsten Bekanntheitsgrad innerhalb der Unterrichtsprinzipien hat die Politische Bildung. 49 Prozent der LehrerInnen geben ungestützt an, das entsprechende Unterrichtsprinzip zu kennen, während andere Prinzipien lediglich zwischen drei und 16 Prozent einfallen. Ein Positiveinfluss zugunsten Politischer Bildung durch das mediale Echo von Wahlen mit 16 und der begleitenden Demokratieinitiative ist dabei wahrscheinlich. Der Bekanntheitsgrad des Unterrichtsprinzips Politische Bildung korreliert mit dem politischen Interesse. Unabhängig davon lässt der Prozentsatz keine Schlussfolgerungen über die Qualität und Quantität der Umsetzung von politischen Inhalten im Unterricht zu.

Dazu gibt es wiederum bloß subjektive Erfahrungswerte und Einzelfallstudien (Filzmaier/Ingruber 2001), jedoch kaum umfassende Daten. Das seit über 30 Jahren existierende Unterrichtsprinzip wurde vor 2008 nie vollständig evaluiert. Analog zu den oft unbekanntem Einstellungen der SchülerInnen wird selten erforscht, was LehrerInnen als hauptsächliche VermittlerInnen über Politik und Politische Bildung denken. Das daraus resultierende Wissensdefizit ist umso dramatischer, als LehrerInnen mit Vorurteilen aller Art konfrontiert sind, etwa, dass sie in ihrer politischen Bildungsarbeit parteipolitisch manipulativ agieren würden.

Eine bislang unveröffentlichte Pilotstudie des BMUKK unter LehrerInnen – zu ansonsten internen Teilergebnissen siehe Filzmaier 2008 – hat versucht¹⁰, gesichertes Wissen zu liefern, wobei bewusst zum Teil parallele Fragestellungen gewählt wurden, welche in der oben zitierten BMUKK-Jugendstudie enthalten waren. Im Vergleich zeigen sich sofort augenscheinliche Parallelen hinsichtlich des Demokratieverständnisses und Politikinteresses.

Insgesamt war 2008 eine klare Mehrheit von über zwei Drittel (69 Prozent) der LehrerInnen mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden. Das entsprach exakt den Werten für Jugendliche aus der Parallelstudie. Genauso war 2007/08 in beiden Gruppen rund ein Viertel (28 bzw. 23 Prozent) mit der Demokratie nicht besonders zufrieden. Auch hinsichtlich des politischen Interesses – bis zu zwei Drittel behaupten jeweils, sich sehr oder wenigstens etwas für Politik zu interessieren – gibt es überraschend geringe Abweichungen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen. Die Daten passen genauso zu jahrelangen Daten von Umfragen unter Erwachsenen. Allerdings ist die Hälfte der LehrerInnen mehr oder minder überzeugt, ihre SchülerInnen seien uninteressiert, und bezweifelt die Effektivität der Politischen Bildung.

Es zeigte sich zudem eine unter LehrerInnen sehr kritische Einstellung gegenüber PolitikerInnen und Parteien. 29 Prozent wollen mit Parteien nichts zu tun haben, das entspricht fast exakt dem Wert von 28 Prozent bei SchülerInnen. Erwartungsgemäß bestehen große Berührungspunkte mit der Parteipolitik, die in ihrer Intensität dennoch überraschen. Das führt dazu, dass Auseinandersetzungen mit der (Partei-)Politik im Unterricht vermieden, und im Zweifelsfall wider besseres inhaltliches Wissen andere Themenzugänge gewählt werden. Paradox ist etwa, dass PolitikerInnen in einem Amt – etwa als BezirksvorsteherIn oder BürgermeisterIn usw. – betont neutral dargestellt und nicht als (partei-)politische Menschen angesehen werden.

Bereits die Begrifflichkeit von Politische Bildung ist offenbar problematisch und erzeugt Irritationen bei den LehrerInnen, sowie nach deren Aussage auch unter Eltern und SchülerInnen. Mehrmals wird eine Begriffsänderung von den LehrerInnen angesprochen, wobei als Negativdefinition neue Begriffe sich von Parteipolitik und Indoktrinierung, jedoch auch vom Image der Politischen Bildung als verstaubte Institutionenlehre, lösen müssten. Aus Sicht der LehrerInnen wäre für Politische Bildung Demokratie als positiv besetztes Wort in einem entsprechenden Schulfach und Unterrichtsprinzip passender als der polarisierende Wortstamm Politik.

Noch stärker ist die extreme Unsicherheit der LehrerInnen im Umgang mit der eigenen politischen Position. Das ist der Grund, dass einige LehrerInnen mit großer Skepsis und manchmal Ängsten sich der Politischen Bildung und ihrem Unterrichtsprinzip nähern. Eine Zweidrittelmehrheit der LehrerInnen meint zugleich, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Das deckt sich durchaus mit den Meinungen der Jugendlichen, doch hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es zum Teil dramatische Abweichungen (siehe Abbildung 4).

3. Wissen LehrerInnen, was SchülerInnen wollen?

Klare Spitzenreiter unter den Jugendlichen als häufiger zu behandelnde Wunschthemen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen. Bei den LehrerInnen liegen diese Themen in einer Rangordnung, was zu selten oder gar nicht behandelt wird, lediglich an fünfter und achter Stelle. Der Rest behauptet, das wäre „(sehr) oft“ der Fall. In Zahlen ausgedrückt: Während fast die Hälfte der SchülerInnen mindestens in der Häufigkeit der Themenbehandlung von Geschlechtergleichheit und Integration Defizite im Unterricht ortet, sind bis zu 70 Prozent der LehrerInnen gegenteiliger Meinung.

Demgegenüber meint rund die Hälfte der LehrerInnen (51 Prozent), dass zeitgeschichtliche Themen zu wenig Berücksichtigung finden. Bei Wahlen sind es mit 49 Prozent nahezu ebenso viele. Unter den Jugendlichen meinen hingegen bis zu drei Viertel, dass die Themen Zeitgeschichte – als Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt – und Wahlen ausreichend behandelt werden. Lediglich bei der Globalisierung ist die Einschätzung einer ungenügenden Beschäftigung damit bei SchülerInnen und LehrerInnen annähernd gleich.

(Neue) Medien sind ein Thema, wo ebenfalls für nur rund ein Viertel der Jugendlichen nicht genug getan wird. Diametral dazu sind Fragen von Internet und Demokratie unter LehrerInnen (für 66 Prozent) jenes Thema, das am häufigsten als zu selten besprochen angesehen wird.

Abbildung 4: Rangordnung gewünschter Themenbereiche für Politische Bildung im Vergleich

	Aus Sicht der SchülerInnen geschieht bei ... zu wenig*	Aus Sicht der LehrerInnen wird selten/gar nicht behandelt ...**
Chancengleichheit von Frauen und Männern	44 (1.)	39 (5.)
Integration von AusländerInnen	43 (2.)	31 (8.)
Globalisierung	36 (3.)	29 (9.)
Zeitgeschichte	31 (4.)	51 (2.)
Wahlen und politische Beteiligung	31 (5.)	49 (3.)
EU und Europa	29 (6.)	35 (7.)
Aktuelle politische Ereignisse im Inland	24 (7.)	41 (4.)

Angaben in Prozent bzw. Platzierung. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete jeweils „Wird zu viel, genug oder zu wenig getan für ...?“

Quelle: Filzmaier 2007a (*) und BMUKK 2008 (**) nach OGM-Repräsentativumfragen.

Weniger auffallend sind die Abweichungen beim EU-ropa-Thema und aktuellen Ereignissen, welche dennoch viel häufiger von LehrerInnen als unterrepräsentiert gesehen werden.

Hinsichtlich der Ansichten von LehrerInnen zu Politik und Politische Bildung ist es ebenfalls besonders interessant, diese mit jenen ihrer SchülerInnen bzw. von Jugendlichen zu vergleichen. Für beide Gruppen gibt es zwar ein stark ausgeprägtes institutionelles Verständnis von Politischer Bildung, d.h. die Vermittlung von Fakten wird von 78 Prozent der LehrerInnen und 88 Prozent der SchülerInnen als unabdingbare Basis gesehen, doch ist – anders als bei SchülerInnen – das Bekenntnis zu sozialen Kompetenzen unter LehrerInnen mindestens gleich groß bzw. mit 89 Prozent sogar größer.

Klar befürwortet übrigens seitens der LehrerInnen wird von 68 Prozent ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, Wählen mit 16 wurde hingegen noch 2008 von fast zwei Drittel (64 Prozent) abgelehnt. Daraus folgt, dass unabhängig von der Fachdiskussion für Wählen mit 16 sehr konkrete und greifbare Bereiche für Politische Bildung geschaffen werden müssen, um eine Negativstimmung der LehrerInnen als Stakeholder mit entsprechenden Folgewirkungen zu vermeiden.

Abbildung 5: Einstellungen von LehrerInnen zur Politik und Politische Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	78 (88)	23 (10)
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	89 (72)	11 (25)
In der Schule soll es für alle ab 14 Jahren ein ganz eigenes Fach Politische Bildung geben.	68 (71)	30 (28)
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	29 (28)	69 (72)
Manchmal wäre es sinnvoll, einen „starken Mann“ an der Staatsspitze zu haben, der weitgehend allein entscheidet	6 (19)	94 (81)
Dass Jugendliche in Zukunft mit 16 Jahren den Nationalrat wählen können, finde ich gut	33	64
Politische Bildung interessiert die Jugendlichen im Grunde überhaupt nicht, egal, wie sehr wir LehrerInnen uns um Politische Bildung bemühen	48	50

Angaben in Prozent. Die Zahlen in Klammer stellen zum Vergleich den entsprechenden Wert für SchülerInnen dar. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete „Und nun lese ich Ihnen einige Aussagen über Politik und Politische Bildung vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen zustimmen oder nicht.“

Quelle: BMUKK 2008 nach OGM-Repräsentativumfragen.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Vereinfachend ist der Gesamtbefund für Ansichten von Jugendlichen in Österreich knapp zusammenfassbar: Sie unterscheiden sich hinsichtlich der politisch-gesellschaftlichen Meinungen, Einstellungen und Werte weniger dramatisch von anderen Altersgruppen, als es landläufigen Auffassungen entspricht. Vor allem die Werte für das Demokratie- und Politikverständnis entsprechen – Politik(erInnen)- und Parteienverdrossenheit inklusive – jenen von Erwachsenen. Mehrere Thesen lassen sich als mögliche Schlussfolgerungen aus empirischen Befunden ableiten:

- Es gibt als Ausgangslage für Politische Bildung in Österreich eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit, wenig radikale DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind.
- Im Querschnitt sind Jugendliche eindeutig für mehr Politische Bildung aufgeschlossen als manche Erwachsenengruppen, sowie schulisch an einem entsprechenden Fach interessiert. Salopp ausgedrückt: Neugier für das Thema Politik kann durchaus geweckt werden, eher sind LehrerInnen skeptisch. Insofern ergeben die angesprochene Demokratieinitiative der Bundesregierung 2007/08 für Jugendliche und sogar umstrittene Aktionen wie PolitikerInnen zu ausgewählten Themen ohne Wahlkampfbezug und mit guter Vorbereitung (!) auf Schulbesuch Sinn.
- Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Zwei- oder Mehrklassengesellschaft von Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

Die Dominanz des Integrations- bzw. „AusländerInnen“-Themas lässt hingegen anhand der vorliegenden Daten allein keine (!) Rückschlüsse auf Positionierungen der SchülerInnen bzw. Jugendlichen zu. Eine verstärkte Behandlung von Aspekten des Aufeinandertreffens von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Schulunterricht etwa könnten BefürworterInnen einer multikulturellen Annäherung fordern, jedoch ebenso RassistInnen. Demgegenüber zeigt sich in der öfters gewünschte Diskussion von Geschlechterverhältnissen, dass Jugendliche in der Tat für ein verstärktes Gleichberechtigungdenken sind.

Wählen mit 16 hat eine Intensivierung von Programmen der Politischen Bildung in Österreich ausgelöst, die auch unabhängig vom Wahlalter empfehlenswert sind. So hätte die bisherige Fokussierung auf die elfte bis 13. Schulstufe bedeutet, das Thema Wahlen selbst zu behandeln, nachdem 16- bis 18-jährige SchülerInnen je nach Verlauf der Legislaturperioden bereits bis zu fünfmal (auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene und für das Bundespräsidentenamt) gewählt haben. Gleichzeitig wurde durch die altersmäßige Vorverlagerung der Politischen Bildung versucht, Jugendliche anzusprechen, solange die Schule noch weitgehend einen Lebensmittelpunkt darstellt. Für Lehrlinge ist die Berufsschule nur sehr bedingt ein solcher. Daraus ergibt sich als Notwendigkeit eine verstärkte Politische Bildung als außerschulische Aufgabe seitens der Sozialpartnerschaft (Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Gewerkschaften, BetriebsrätInnen usw.), um nicht eine Kluft der Initiativen politischer Bildungsarbeit zwischen Jugendlichen an weiterführenden Schulen und im Berufsleben zu forcieren.

Hinsichtlich der LehrerInnen als PolitikvermittlerInnen und AgentInnen bzw. MultiplikatorInnen politischer Bildungsarbeit ist festzustellen, dass diese weder bessere noch schlechtere DemokratInnen sind als ihre SchülerInnen bzw. der Rest der Bevölkerung. Sie sind auch nicht

per se politisch interessierter oder desinteressierter. Im Umkehrschluss sind LehrerInnen nicht (!) von der Politikverdrossenheit erfasst, jedoch in hohem Maße von PolitikerInnen und Parteien verdrossen, was ihren Unterricht ungleich mehr beeinflusst als die fälschlich behauptete Parteilichkeit.

Vor allem haben LehrerInnen massive Probleme im Umgang mit ihrer politischen Identität sowie zum Teil völlig andere Themenvorstellungen in der Politischen Bildung als ihr schulisches Zielpublikum. Daraus resultieren vielfältige Konsequenzen, etwa aufgrund des Identitätsdilemmas eine scheinbare Objektivität von LehrerInnen anstatt von Transparenz politischer Einstellungen. Unterschiedliche Wünsche, welche Themen Politische Bildung beinhalten soll, bedeuten hingegen keine Notwendigkeit, den Präferenzen von Jugendlichen überall entgegenkommen zu müssen – doch fehlt es womöglich am Bewusstsein, mit von den eigenen Prioritäten stark abweichenden Vorstellungen konfrontiert zu sein.

Genauso ist eine Entpolitisierung der Politischen Bildung latent gefährlich, weil sie das kritische Bewusstsein schmälert und den Autoritätsglauben fördert. Umgekehrt werden Parteien und ParteipolitikerInnen in klischeehafter Form und ohne ausreichenden Sachbezug übertrieben negativ dargestellt. Das ist bedauerlich, weil ja wie erwähnt Jugendliche durchaus den verstärkten (sachbezogenen!) Dialog mit PolitikerInnen wünschen, und bloß von den LehrerInnen eine große Scheu vor solchen Kontakten besteht.

Trotz Anerkennung des eigenständigen Handelns als zentrales Ziel der Politischen Bildung ist das Bild einer mehrheitlich an besonders innovativen, progressiven und zivilgesellschaftlichen Projektarbeiten o.ä. interessierten Jugend und LehrerInnenschaft falsch und müsste erst gezielt gefördert werden. In taktischen Überlegungen werden Parteien als politische Akteure das nicht prioritär sehen, weil der Erst- und JungwählerInnenanteil zu gering ist. Bis zu 25 Prozent der Wähler und Wählerinnen sind in Pension, nur knapp über zehn Prozent unter 30 Jahre alt. Somit ist klar, welche Zielgruppen im Wahlkampf forciert umworben werden.

Für eine Verbesserung der Politischen Bildung und ihrer Didaktik ist daher primär das Bildungssystem gefordert. Notwendigkeiten sind nach der vorliegenden Datenlage ein fortgesetzter Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebots für MultiplikatorInnen sowie der außerschulischen Politischen Bildung. Im schulischen Bereich wurde diese zuletzt intensiviert, und könnte angesichts der Datenlage eines entgegen der Aufregung nach Wahlergebnissen nur bedingten Radikalismus der Jugend vorsichtig positiv bilanzieren. Eine Erkenntnis der skizzierten Forschungsergebnisse ist jedoch, dass einige Zielgruppen besonders intensiv und andere kaum erreicht werden bzw. sich dieser Gegensatz zu verschärfen droht. Das gilt für SchülerInnen und LehrerInnen, nach Schultypen, sowie nach soziodemografischen und regionalen Kriterien gleichermaßen. Hauptzielsetzung für Politische Bildung 2009/10 muss es demzufolge sein, unter dem Motto „*Dorthin gehen, wo es weh tut!*“ den Wirkungsbereich der Bildungsarbeit auf allen Ebenen zu erweitern. Konkrete Handlungsempfehlungen für Politische Bildung in Österreich beinhalten:

- Verpflichtende statt fakultative Fortbildung für MultiplikatorInnen mit entsprechenden Anreizen wie Berufs- und Karrierevorteilen als Motivation. Basis dafür sind systematische statt singuläre Programme sowie einheitliche Standards der Inhalte und ihrer Vermittlung, etwa in Form von Kompetenzmodellen (siehe dazu den Beitrag von Wolfgang Sander in diesem Heft).
- Einen Schwerpunkt für und an Hauptschulen in der LehrerInnenbildung, durch niedrigschwellige Unterrichtsmaterialien sowie eine Stärkung der schulinternen Demokratie zur Einbeziehung der SchülerInnen (etwa als Schulgemeinschaftsausschuss für alle Schultypen

und nicht allein in höheren Schulen). Für die Zeit nach der Haupt- und Polytechnischen Schule sind von Berufsschulen die angesprochenen Kooperationen mit der Sozialpartnerschaft auszubauen.

- Politische Bildung ist schließlich von einem öffentlichen Themenbewusstsein ihrer Wichtigkeit abhängig. Anerkennt die Gesellschaft eine solche, wird das auch Quantität und Qualität der Ressourcen für Politische Bildung erhöhen. Dazu gehört nach der vorliegenden Bestandsaufnahme weiterhin eine kontinuierliche Begleitforschung, was AdressatInnen und VermittlerInnen meinen.

ANMERKUNGEN

- 1 Grundsatzlerlass Politische Bildung verfügbar unter <http://politik-lernen.at> (zuletzt abgerufen am 6. Juli 2009).
- 2 Beispielhaft kann verwiesen werden auf Vollangebote wie <http://politik-lernen.at> oder <http://demokratiezentrum.org>, sowie themen- und parteibezogen auf <http://politikkabine.at>.
- 3 Dazu wurden im August und im September 2006 vom Meinungsforschungsinstitut SPECTRA 1.231 Jugendliche in persönlichen mündlichen Interviews (*face to face*) befragt. Die Stichprobengröße betrug $n = 1.231$, woraus sich eine maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,8$ Prozent ergab. Zusätzlich wurde eine qualitative Studie durchgeführt, wobei in der Zeit von November 2006 bis Mai 2007 fünf *focus groups* (moderierte Gesprächsrunden) durchgeführt wurden. Vgl. Friesl et al. 2008, 10.
- 4 Es wurden vom 21. März bis zum 10. April 2007 nach dem Quotenverfahren 1.002 Personen befragt, welche statistisch repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren waren. Da es sich um eine *face to face*-Befragung handelte, sind einzelne Zahlen nicht im Detail mit anderen Daten 2007/08 aus diesem Beitrag vergleichbar, denen Telefoninterviews zugrunde lagen.
- 5 Der Studie im Auftrag des Renner-Instituts liegen eine repräsentative Telefonumfrage unter 1.200 14- bis 20-Jährigen sowie *focus groups* mit Jugendlichen in allen Bundesländern aus der Zeit von Februar bis Juni 2008 zugrunde.
- 6 Für diese ISA/SORA-Studie 2009 im Auftrag des BMUKK wurden in einer telefonischen Nachwahlbefragung als repräsentative Stichprobe nach dem Zufallsverfahren auf Basis von Haushalt-Screenings 1.000 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, also die (möglichen) ErstwählerInnen in der Nationalratswahl am 28. September 2008, befragt. Ergänzend fanden *focus groups* mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus statt.
- 7 Alle kursiven Zitate sind Gesprächsprotokollen zu den – siehe die vorangegangenen und nachstehenden Fußnoten – im Rahmen der einzelnen Studien durchgeführten *focus groups* entnommen, und wurden ebenda mehrmals wörtlich und/oder sinngemäß ausgesprochen.
- 8 Die Studienergebnisse basierten einerseits auf 800 Telefoninterviews unter 14- bis 24-jährigen ÖsterreicherInnen vom 4. bis zum 21. April 2007. Die Stichprobenauswahl erfolgte im Zufalls- und innerhalb des getroffenen Haushalts nach dem Quotenverfahren. Die maximale Schwankungsbreite betrug $\pm 3,7$ Prozent. Eine Faktorengewichtung wurde nach der Media-Analyse 2004 bzw. Statistik Austria 2001 durchgeführt. Andererseits wurde moderierte Gesprächsrunden mit Jugendlichen konzipiert und ausgewertet. Die Zielpersonen dieser Gruppendiskussionen umfassten jeweils nach soziodemografischen und sozioökonomischen Indikatoren einen Querschnitt von Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Gruppen wurden hinsichtlich der Kriterien Geschlecht und Milieu gemischt, jedoch bewusst für 14- bis 18-Jährige und 19- bis 24-Jährige gestaffelt organisiert. Bei der Gruppe der 19- bis 24-jährigen Jugendlichen bestand insbesondere eine leichte Übergewichtung von TeilnehmerInnen mit formal höherem Bildungsgrad (Studierende).
Für Telefoninterviews und Rekrutierung von *focus groups*-TeilnehmerInnen muss festgehalten werden, dass am wenigsten an Politik interessierte Jugendliche öfters nicht als Befragungspersonen zur Verfügung stehen wollten als politisch Interessierte. Ein gewisses Maß an positiver Selbstselektion ist daher nicht auszuschließen.
- 9 Neben der Politischen Bildung umfassen die Unterrichtsprinzipien Gesundheitserziehung, Umweltbildung, Sexualerziehung, Interkulturelles Lernen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Medienerziehung, Verkehrserziehung, Wirtschaftserziehung, Europaerziehung, Leseerziehung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit.
- 10 Insgesamt wurden als repräsentative (Quoten-)Stichprobe im November 2007 500 LehrerInnen aus Österreich telefonisch befragt. Die Grundgesamtheit und Stichprobe umfassten LehrerInnen aller Schultypen und -fächer. Das

Signifikanzniveau beträgt +/- 4,3 Prozent. Zusätzlich wurden als qualitatives Forschungsinstrument sechs *focus groups* in unterschiedlichen Landeshauptstädten und jeweils mit LehrerInnen aus dem ganzen Bundesland durchgeführt. Eine Gruppe fand nur mit VolksschullehrerInnen statt, ansonsten wurden stets LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen und -fächer eingeladen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule/AWS* (Hg.) (2001). Medienpaket Politische Bildung, Wien, Internet: <http://aws.m-services.at/docs/aws.php>.
- Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten/BMUKK* (2008). LehrerInnen und Politische Bildung – Einstellungen zum Unterrichtsprinzip, Wien, unveröffentlichter Forschungsbericht.
- Dachs, Herbert* (Hg.) (1996). Politische Bildung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/1996, Wien.
- Dachs, Herbert/Heinz Fassmann* (Hg.) (2002). Politische Bildung: Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien.
- Dachs, Herbert/ Gertraud Diendorfer/Heinz Fassmann* (Hg.) (2005). Politische Bildung, Wien.
- Dachs, Herbert* (2008). Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.). 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien, 17–34.
- Filzmaier, Peter* (2003). Politische Bildung: Was ist das?, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter* (2007a). Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen, Studie und Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUKK), Wien, als Kurzbericht verfügbar unter <http://donau-uni.ac.at/dpk>.
- Filzmaier, Peter* (2007b). Politik und Politische Bildung, Wien.
- Filzmaier, Peter* (2008). Politisches Denken von Lehrern und Schülern, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter/Daniela Ingruber* (2001). Politische Bildung in Österreich. Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses, Wien/München.
- Filzmaier, Peter/Peter Hajek* (2005). Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, Wien.
- Forum Politische Bildung* (Hg.) (1991ff). Informationen zur Politischen Bildung, Schriftenreihe, Wien, Internet: <http://www.politischebildung.com/>.
- Friesl, Christian/Ingrid, Kromer/Regina Polak* (2008). Lieben – Leisten – Hoffen: Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien.
- Großegger, Beate* (2007). Jugend zwischen MySpace und MTV, in: Beate Großegger/Bernhard Heinzlmaier: Die neuen Vorbilder der Jugend, Wien, 127–162.
- Großegger, Beate* (2008). Jugendkulturen – ein Spiegel der Gesellschaft? Szene-Kids und ihr nicht ganz einfaches Verhältnis zur Politik, Wien.
- IMAS International* (2007). Die politischen Zielsetzungen der ganz Jungen, Älteren und Alten, Report Nr. 8, Mai 2007, Linz.
- Institut für Strategieanalysen (ISA)/SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2009). Jugendstudie nach der Nationalratswahl 2008, Wien (Forschungsbericht im Erscheinen).
- Karlhofer, Ferdinand* (2006). Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (1997). Jugend und Politik in Westösterreich, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (2000). Jugend und Demokratie in Tirol, Innsbruck.
- Lange, Dirk/Volker Reinhart* (Hg.) (2007). Basiswissen Politische Bildung: Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht, 6 Bände, Baltmannsweiler.
- Palme, Imma/Peter Filzmaier* (2008). Jugendstudie des Renner-Instituts: Projektbericht, Wien.
- Ptaszynska, Aleksandra/Sabine Westphal/Natalia Waechter* (2008). Learning for Participation: Family, Peers, School, Work and Voluntary organisations, in: Wolfgang Gaiser/Reingard Spannring/Günther Ogris (Hg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen, 87–103.
- Sander, Wolfgang* (2007). Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Taunus.
- SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2005). „Wählen heißt erwachsen werden!“ – Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005, Wien.
- Ullram, Peter* (2007). Jugend und politische Orientierungen, Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ), Wien.

AUTORINNEN

Peter FILZMAIER, Univ.-Prof. Dr., ist Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Korrespondenzadresse: Department Politische Kommunikation, Donau-Universität Krems,
Dr. Karl Dorrek-Straße 30, 3500 Krems
E-Mail: peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Cornelia KLEPP, Dr.ⁱⁿ, ist Universitätsassistentin im Arbeitsbereich Didaktik der Politische Bildung an der Universität Wien sowie geschäftsführende Leiterin und wissenschaftliche Koordinatorin des Master-of-Science-Studienprogramms Politische Bildung der Universitäten Krems und Klagenfurt.

Korrespondenzadresse: Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien, Thurgasse 8/12,
1090 Wien
E-Mail: cornelia.klepp@univie.ac.at

Peter Filzmaier/Cornelia Klepp (Wien)

Mehr als Wählen mit 16: Empirische Befunde zum Thema Jugend und Politische Bildung

Mit der Einführung von Wählen mit 16 in Österreich ist das Thema Politische Bildung politisch und medial stark thematisiert worden. Dieses öffentliche Interesse hat jedoch auch zusehends auf ein Defizit aufmerksam gemacht, nämlich das häufige Fehlen von umfangreichen Daten zu den Einstellungen von Jugendlichen bzw. LehrerInnen zu Politik und Politischer Bildung. Oft liegen nur subjektive Erfahrungswerte bzw. Einzelfallstudien vor, doch sind teilweise erst im Zuge der Wahlaltersenkung umfassende Studien zu den entsprechenden Einstellungen durchgeführt worden.

Im vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse von Befragungen unter Jugendlichen und LehrerInnen mit jenen der Gesamtbevölkerung verglichen und ausgehend davon die These, wonach die österreichische Jugend als politikverdrossen gilt, geprüft. Ein erster Gesamtbefund zeigt, dass sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu Politik bzw. hinsichtlich ihres Demokratieverständnisses und Politikinteresses weit weniger unterscheiden, als ursprünglich angenommen. Zudem gibt es eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit mit wenigen radikalen DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind. Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Kluft unter den Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

*Keywords: Wählen mit 16, Politische Bildung, Politikverdrossenheit, Demokratieverständnis, Politikinteresse
voting age of 16, civic education, political mistrust, understanding of democracy, political interest*

Spätestens seit 1978 – dem Jahr eines entsprechenden Grundsatzerlasses¹ des damals zuständigen Ministeriums und der Einführung als Unterrichtsprinzip – ist Politische Bildung speziell für Jugendliche in Österreich ein zentrales Thema. Mindestens ebenso alt sind Diskussionen über eigene Schulfächer dafür. Mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und einer entsprechenden Schwerpunktsetzung von Bildungsinstitutionen haben 2008 sowohl Programme der Politischen Bildung als auch öffentlich-mediale Debatten darüber hinaus eine Intensivierung erfahren.

Das Paradoxon dabei: Herangehensweisen bzw. Theoriemodelle und Didaktikkonzepte Politischer Bildung finden sich in der jüngeren und traditionellen Literatur ebenso zahlreich wie Projektberichte (siehe exemplarisch viele Beiträge von Dachs 1996 bis Klepp/Rippitsch 2008). Zur Konkretisierung und Umsetzung theoretischer Modelle werden seltener spezifische Programme der Aus- und Fortbildung entworfen oder spezielle Lehrbücher geschrieben (Forum Politische Bildung 1991ff.; AWS 2001; Dachs/Fassmann 2002; Dachs/Diendorfer/Fassmann 2005; Filzmaier 2007b u.a.). Stark zugenommen haben lediglich Internetangebote für PolitikvermittlerInnen.² Trotz nunmehr jahrzehntelanger Überlegungen bzw. Aktivitäten von WissenschaftlerInnen

und PraktikerInnen fehlt es daher weitgehend an systematischen Daten zu den Sichtweisen der Zielgruppen Jugendliche und deren LehrerInnen.

Mit anderen Worten: Es werden von ExpertInnen Positionen bezogen, ohne – von subjektiven Erfahrungen, partiellen Evaluationen, vereinzelt Sekundärdaten usw. abgesehen (siehe u.a. Filzmaier/Ingruber 2001) – empirisch belegbar viel über Meinungen, Einstellungen und Werte zur Politischen Bildung von Jugendlichen bzw. SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu wissen. In Deutschland gibt es nicht zuletzt deshalb umfassendere und klarere Vorschläge für Politische Bildung (als Standardwerke etwa Lange/Reinhart 2007 und Sander 2007), in Österreich wird in Relation dazu dilettiert.

Bezeichnenderweise mussten lange Zeit insbesondere Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung indirekt aus allgemeinen Wertestudien (siehe dazu Friesl/Kromer/Polak 2008 als Berichtsband zur Österreichischen Jugend Wertestudie 2006/07, welche die Wertewelt und die Lebenseinstellung von Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren im Kontext des sozialen Wandels als Zeitvergleich von 1990 bis 2006 analysiert³), sowie aus Wahlstudien und Nachwahlbefragungen (SORA 2005 und ISA/SORA 2009) geschlussfolgert werden.

Bei Letzteren ist unbestritten, dass Wahlen als Ausnahmesituation eine intervenierende Variable darstellen, so dass es zu bedingt typischen Kurzeitergebnissen oder der Messung von Momentaufnahmen kommen kann. Längerfristige und wahlunabhängige Erhebungen für einen empirischen Befund, was junge Zielgruppen und – im Regelfall weniger junge VermittlerInnen Politischer Bildung – über eben diese denken, sind erst in der allerjüngsten Vergangenheit und ausgelöst durch Wahlen mit 16 häufiger geworden (Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a; Ulram 2007; Großegger 2007; Großegger/Heinzelmaier 2007 sowie BMUKK 2008). Davor gab es rund um das Thema Jugend und Politik primär regionale Studien, welche vor allem aufweisen (etwa Karlhofer/Seeber 1997; Karlhofer/Seeber 2000 oder Karlhofer 2006).

Diese liefern insbesondere durch ihre breite Ausrichtung sowie die Unabhängigkeit von Wahlzeitpunkten bzw. unmittelbar auf Wahlen bezogenen Fragestellungen wertvolle Erkenntnisse, haben jedoch ebenfalls eher einen Fokus auf politische Einstellungen generell und beschäftigen sich in Relation dazu weniger mit der konkreten Position von Jugendlichen zur Politischen Bildung. Allgemein werden in Studien (zu) selten Vergleiche mit den Ansichten der LehrerInnen hergestellt. Was unverändert großteils fehlt, sind Querverbindungen zu den Meinungen der Eltern. Abgesehen von der Option, Daten über Politeinstellungen von Erwachsenen mit der üblichen Statistikfrage nach der Kinderzahl zu korrelieren bzw. in Kreuztabellen darzustellen, werden entsprechende Fragen im Regelfall nicht auf die Elternrolle bezogen und/oder in Verbindung mit Politischer Bildung im jeweiligen Schultyp der Nachkommen usw. gestellt.

1. Gesellschaft und Politik aus Sicht der Jugend

1.1 Gesellschaftliche Grundwerte

Vor einer Beurteilung der Ansichten von Jugendlichen zu Demokratie und Politik ist deren grundsätzliches Selbst- und Gesellschaftsverständnis zu beachten. Schlüsselfragen im Zusammenhang mit Politischer Bildung dabei sind:

- Inwiefern unterscheiden sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Zielen von Erwachsenen?
- Sind Jugendliche in Österreich grundsätzlich konservativ oder liberal?

Für konkrete Zahlenvergleiche bietet sich die größte Bevölkerungsgruppe von über 50 Jahren an, welcher neben den PensionistInnen (quasi als Gegenpol zu erst in Ausbildung befindlichen Menschen) zu einem großen Teil politische und wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen sowie LehrerInnen angehören. Altersspezifische Differenzen ergeben sich hierbei vor allem in der Ausprägung von Meinungen, nicht jedoch in deren Mehrheitstendenz.

Beispielsweise ist (IMAS 2007, 2ff.⁴) für knapp drei Viertel der über 50-Jährigen eine langfristige Pensionssicherung besonders wichtig. Doch meinen das genauso viele unter den 25- bis 34-Jährigen sowie im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. Bei den 16- bis 24-jährigen Jugendlichen ist der Vergleichswert mit 59 Prozent zwar signifikant (minus 13 Prozentpunkte) geringer, doch ordnet ja somit ebenfalls eine klare Mehrheit dem Thema Pensionen höchste Bedeutung zu. Allgemein lautet das Verhältnis beim Wunsch für bessere Sozialgesetze zwischen jüngster und ältester Gruppe 50 zu 59 Prozent.

Ähnlich die Indikatoren für Werte, welche häufig als Grundlage für Links-Rechts-Schemas herangezogen werden. Nur oberflächlich betrachtet sind Jugendliche in Österreich gemäß den zitierten IMAS-Daten liberaler als ältere StaatsbürgerInnen. In einer Gegenüberstellung der Einstellungen von 14- bis 24-Jährigen sowie über 50-Jährigen befürworten junge Menschen seltener eine *law and order*-Politik (mit 54 zu 71 Prozent Zustimmung), strengere Immigrations- und Asylgesetze (55 zu 68 Prozent) oder auch weniger Pornografie (19 zu 42 Prozent).

Wer diese Zahlen liest, bemerkt zugleich die jeweils klare Mehrheit für härtere Strafen und eine strikte „Ausländerpolitik“ – nicht einmal jeder dritte Jugendliche (27 Prozent im Jahr 2007) will eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen. Analog dazu sind 14- bis 24-Jährige nicht so heimatbewusst und wollen eher den Einfluss der Kirche zurückdrängen (37 zu 20 Prozent), doch gibt es dafür keine konservative Mehrheit.

Die Orientierung der Jugend an – auch, nicht nur – vermeintlich „rechten“ Themen bestätigt sich in einer Studie des Renner-Instituts (Palme/Filzmaier 2008)⁵, die ergibt, dass 34 Prozent sehr und weitere 49 Prozent etwas – in Summe also mehr als vier von fünf Jugendlichen – ein Ansteigen der Kriminalität befürchten. Ebenso vier Fünftel (81 Prozent) sagen, dass mehr für den Schutz gegen Verbrechen zu tun wäre.

Ein Drittel hat Angst vor einem Zusammenbruch des politischen Systems. Fast zwei Drittel meinen, dass für die Integration von AusländerInnen entweder eindeutig zu viel oder klar zu wenig gemacht wird. 30 Prozent lehnen es dezidiert ab, dass Nicht-ÖsterreicherInnen gleiche Rechte haben. Im Vergleich dazu wollen sechs von zehn Jugendlichen den Zuzug von AusländerInnen stärker begrenzen. Vice versa schätzt allerdings eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent soziale Gerechtigkeit als wichtigeren Wert ein als die Freiheit des Marktes. Jugendliche vertreten demzufolge eher sozial- als wirtschaftsliberale Standpunkte und sind in Verbindung mit AusländerInnen stärker „rechts“ und sozialpolitisch durchaus mehr „links“ eingestellt. Direktfragen nach der ideologischen Selbsteinschätzung bringen unter Jugendlichen hingegen kaum verwertbare Ergebnisse (ISA/SORA 2009⁶), weil fast die Hälfte sich als „in der Mitte“ verortet und jeweils rund 20 weitere Prozent als „eher rechts“ oder „eher links“. Extrempositionen will kaum jemand einnehmen.

1.2 Demokratie- und Politikverständnis

Über Politik wird jedenfalls unter Jugendlichen zumindest im Kreis von Freunden und Freundinnen nicht vordergründig gesprochen. Man redet untereinander am liebsten über Themen wie

die Gestaltung des Freizeitprogramms, Musik oder Probleme in der Schule. Gemäß einer Studie des Instituts für Jugendkulturforschung (Großegger 2007) geben nur acht Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen elf bis 14 Jahren an, mit FreundInnen über Politik zu sprechen. Immerhin 29 Prozent der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren tun das.

Die Ergebnisse quantitativer Umfragen für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) zeigten, dass Demokratie von Jugendlichen sehr auf den Wahlzusammenhang reduziert wird. Es gibt meist ein sehr enges Verständnis dafür, was Politik umfasst bzw. sein kann. Die vielfältigen Dimensionen von Politik und politischen Prozessen werden oft erst bewusst, wenn ein Bezug zur jugendlichen Lebenswelt hergestellt wird. Zitate von Jugendlichen – aus den *focus groups* zu diesen Umfragen⁷ – lauten etwa „*Wir dürfen wählen!*“ und „*Wir entscheiden, wer für uns entscheidet!*“ als Definition von Politik (Filzmaier 2007a, 8).⁸ Jugendliche haben zudem einen sehr institutionalisierten Politikbegriff, und Politik wird primär *top down* aus Sicht der Regierenden und wenig *bottom up* als von den Regierten ausgehend verstanden.

Die Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist bei den jugendlichen ÖsterreicherInnen trotzdem hoch (Filzmaier 2007a, 7ff.). Unter den 14- bis 24-Jährigen ist eine klare Mehrheit von mehr als zwei Drittel bzw. 69 Prozent mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden, es gibt kaum völlig unzufriedene Jugendliche. Relativierend und mahnend ist anzumerken, dass es kaum grundsätzliche DemokratiegegnerInnen gibt, jedoch ein bedenklicher Anteil von latent Unzufriedenen festgestellt werden kann. Fast ein Viertel (23 Prozent) der Jugendlichen ist mit der Demokratie nicht besonders zufrieden.

Genau ein Fünftel der Jugendlichen (20 Prozent) bezeichneten sich im Jahr 2007 als politisch sehr interessiert, 2009 waren es 26 Prozent (Filzmaier 2007a und ISA/SORA 2009). Zumindest etwas politisches Interesse geben jedoch konstant rund zwei Drittel (in Summe 68 bzw. 64 Prozent) an. Etwas mehr als die Hälfte glaubt, eine deutliche politische Meinung zu haben, wobei das stark damit korreliert, ob sie bereits als Kind politische Eindrücke erlebt haben. Mit dem politischen Interesse – und nicht unbedingt mit einer höheren Wahlabsicht – steigt eindeutig die Demokratiezufriedenheit. Jeder fünfte Jugendliche (19 Prozent) präferiert einen „starken Mann“ in der Politik.

Abbildung 1: Autoritätsbewusstsein von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

Es befürworten ...	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre			alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren
	2008*	2007	2005	
... einen starken Mann	19	19	9	16
... mehrere Entscheidungsträger	80	81	90	82
keine Angabe	1	0	1	2

* 16- bis 18-Jährige.

Angaben in Prozent.

Quellen: Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a, Palme/Filzmaier 2008. Die Datenquelle sind jeweils repräsentative Meinungsumfragen der Institute OGM (2005/07) und IFES (2008), siehe dazu die entsprechenden Fußnoten im Text.

In der Zeit 2007/08 sind diese Daten konstant und für alle jungen Altersteilgruppen höher als ein paar Jahre zuvor. Zudem gilt: Je geringer das politische Interesse und die Wahlabsicht, desto stärker die Neigung zu autoritären Führungspersönlichkeiten.

Parallel dazu zeigt sich unter jungen Menschen eine latent negative Meinung über traditionelle Politik, obwohl deren Staatsbezogenheit sogar begrüßt wird („*Politik ist Entscheidungen zu treffen, die andere nicht treffen können*“). Allgemein kommt im Politikverständnis von Jugendlichen der starke Staat als unumstrittene Tatsache und sogar – im Sinne einer unkritischen Anerkennung staatlicher Autorität – überraschend positiv bewertet zum Ausdruck.

Als konkrete Missstände der Politik werden vor allem tagesaktuell in den Medien sehr präzise Ereignisse bzw. Entwicklungen genannt. Emotionale Kritik gibt es vor allem gegen bestimmte Parteien und PolitikerInnen als Personen.

Immerhin rund ein Viertel will mit politischen Parteien überhaupt nichts zu tun haben. Ein knappes Viertel (23 Prozent) ist fest überzeugt, dass PolitikerInnen sich nicht um die Meinung junger Menschen kümmern. Weitere 43 Prozent stimmen dem wenigstens tendenziell zu. Daraus resultiert eine Gleichgültigkeit, dass es egal wäre, welche politische Partei regiert. Dazu passt als knappe Minderheitsmeinung, die Regierung würde das Beste für die Bevölkerung tun. Ebenso viele sehen die Wirtschaft für wichtiger als die Politik an.

Vom Bundespräsidenten haben 57 Prozent der Jugendlichen eine gute Meinung – das ist freilich wenig, denn über 90 Prozent haben diese von Feuerwehr und Rotem Kreuz, rund 80 Prozent von Sozial- und Umweltorganisationen sowie der Polizei. Abgeschlagen sind mit unter 50 Prozent Parlament, Gewerkschaft und Parteien (Palme/Filzmaier 2008). Umgekehrt werden PolitikerInnen positiv gesehen, wenn es ihnen gelingt, bei jungen Menschen eine persönliche Betroffenheit herzustellen bzw. ihr Lebensumfeld zu verbessern.

Abbildung 2: Politikimages bei 14- bis 20-jährigen Jugendlichen

	stimme sehr zu	stimme etwas zu	stimme weniger zu	stimme gar nicht zu
Welche Partei gerade in der Regierung ist, hat auf mein Leben nicht den geringsten Einfluss	28	28	26	17
Die Politiker kümmern sich nicht viel um das, was junge Leute denken	23	43	24	9
In der heutigen Welt ist die Wirtschaft das Wichtigste, Politik eher unwichtig	10	40	33	16
Die Regierung tut ihr Bestes um herauszufinden, was die Bevölkerung wirklich will	10	37	35	17
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	8	20	31	41
Wozu Politik gut sein soll, weiß ich nicht wirklich	6	20	28	45

Angaben in Prozent.

Quelle: Palme/Filzmaier 2008 nach IFES-Repräsentativumfragen.

1.3 Ansichten zur Politischen Bildung

Eine Zweidrittelmehrheit der Jugendlichen (64 Prozent) meint, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Selten haben Jugendliche allerdings eine klare Vorstellung von Politischer Bildung, obwohl bis zu drei Viertel meinen, eine solche zu haben. In den *focus groups* zeigen sich dennoch große Unsicherheiten, was Politische Bildung im Detail sein kann. Sind freie Assoziationen gewünscht, gibt es kaum Wortmeldungen dazu. Nach einer längeren Nachdenkpause kommt es analog zum Politikbegriff wiederum zu sehr institutionellen Assoziationen.

Quantitativ finden die Aussagen, dass Politische Bildung Institutionenlehre wäre und an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll zwischen 80 und 90 Prozent Zustimmung (Filzmaier 2007a, 15). Nichtregierungsorganisationen wird demgegenüber ein bescheidener Stellenwert als Politische BildnerInnen eingeräumt. Trotz eines Lippenbekenntnisses für Politische Bildung als Förderung selbstständigen Handelns folgt daraus eine geringe Bereitschaft zu politischem Aktivismus. Nur zwischen 25 und 30 Prozent der Jugendlichen sind bereit, sich an Demonstrationen, der Sammlung von Unterschriften oder einem Streik zu beteiligen.

Abbildung 3: Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	88	10
Politische Bildung soll vor allem in der Schule und an Universitäten vermittelt werden	83	16
Ich würde an einer Demonstration teilnehmen/für ein politisches Thema Unterschriften sammeln/mich an einem Streik beteiligen	30/27/25	70/73/75
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	72	25
Was Politische Bildung sein soll, das weiß ich eigentlich nicht	21	78

Angaben in Prozent.

Quelle: Filzmaier 2007a und Palme/Filzmaier 2008 nach OGM- und IFES-Repräsentativumfragen.

Hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es folgende Gruppen von Inhalten (Filzmaier 2007, 13f. und Palme/Filzmaier 2008):

- Für fast die Hälfte (44 bzw. 43 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen Wunschthemen, die im Unterricht häufiger behandelt werden sollten. Auch meinen 56 Prozent, dass für Geschlech-

tergleichheit zu wenig von der Politik getan würde, obwohl nur ein sehr kleiner Anteil (vier Prozent) die Überzeugung stark anstatt bloß etwas vertritt.

- Das Mittelfeld mit rund einem Drittel (36 und zweimal 31 Prozent) Jugendlicher, die hier unzureichende Aktivitäten sehen, bilden Globalisierung, Zeitgeschichte (als die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt) und Wahlen bzw. politische Beteiligung. Jugendliche wünschen sich in diesem Zusammenhang auch weniger JungkandidatInnen auf Parteilisten, sondern eher Personen in öffentlichen Institutionen – wie etwa Ombudsleute bzw. JugendreferentInnen – die AnsprechpartnerInnen für ihre Anliegen darstellen.
- Schlusslichter – d.h. von den Jugendlichen als nicht verstärkt aufzugreifende Themen eingestuft – sind nicht nur EU-ropa, sondern überraschend auch (Neue) Medien und aktuelle politische Ereignisse, wo für rund drei Viertel der Jugendlichen (75 und 73 Prozent) genug oder sogar zu viel getan wird.

Fast drei Viertel (71 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen befürworten an Schulen ausdrücklich ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, das *nicht* in Kombination mit anderen Fächern stattfindet. Schule und Universität sind als neutrale Orte Politischer Bildung anerkannt: 93 Prozent (!) sehen da die Schule als sehr (59 Prozent) oder eher wichtig. 83 Prozent meinen, dass Politische Bildung vor allem an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll. Zudem kommt dem Elternhaus viel Bedeutung zu. Für ungefähr drei Viertel der 16- bis 18-Jährigen waren Mutter und/oder Vater Ansprechpersonen für eine Diskussion zur Nationalratswahl 2008 (ISA/SORA 2009).

2. Einstellungen von LehrerInnen

In der Geschichte Politischer Bildung in Österreich muss zwischen Schulfach und Unterrichtsprinzip unterschieden werden (für einen frühen Kurzüberblick siehe Filzmaier 2003). Als Gegenstand bzw. Fach gab es Politische Bildung in Österreich bis 2008 an Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und – mit unterschiedlichen Namenskombinationen – an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS). In Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wurde mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 für die Oberstufe das Fach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ als Pflichtgegenstand eingeführt, nachdem vorher lediglich die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstands und einer unverbindlichen Übung bestand.

2008/09 ergab sich eine Veränderung bzw. Ausweitung, als zusätzlich das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ für die achte Schulstufe entstand. Als Fächerkombination ist Politische Bildung somit erstmals flächendeckend in der Sekundarstufe I verankert. Politische Bildung ist zugleich in den Lehrplänen generell gestärkt worden.

Zusätzlich gibt es an österreichischen Schulen seit 1978 ein Unterrichtsprinzip Politische Bildung, das in allen Schultypen, -gegenständen und -stufen vermittelt bzw. berücksichtigt werden soll. Infolge dieser alters- und fachunabhängigen Verankerung ist theoretisch jede/r LehrerIn zur Politischen Bildung berufen. In der Realität stellt sich die Frage, mit welcher Qualifikation Politische Bildung an SchülerInnen vermittelt werden soll.

Es fehlt weitgehend eine standardisierte Ausbildung, die LehrerInnen für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bzw. für das Unterrichten des Faches/der Fächerkombination befähigt. Universitäre Angebote im Bereich der Politischen Bildung existieren bis dato an den Universitäten Krems und Klagenfurt bzw. an der Universität Salzburg.

Gegenwärtig gibt es im österreichischen Schulwesen zwölf Unterrichtsprinzipien.⁹ Unter den LehrerInnen sind diese relativ unbekannt. Fast ein Viertel konnte 2008 spontan, d.h. bei ungestützter Fragestellung, kein solches Prinzip nennen (BMUKK 2008). Den höchsten Bekanntheitsgrad innerhalb der Unterrichtsprinzipien hat die Politische Bildung. 49 Prozent der LehrerInnen geben ungestützt an, das entsprechende Unterrichtsprinzip zu kennen, während andere Prinzipien lediglich zwischen drei und 16 Prozent einfallen. Ein Positiveinfluss zugunsten Politischer Bildung durch das mediale Echo von Wahlen mit 16 und der begleitenden Demokratieinitiative ist dabei wahrscheinlich. Der Bekanntheitsgrad des Unterrichtsprinzips Politische Bildung korreliert mit dem politischen Interesse. Unabhängig davon lässt der Prozentsatz keine Schlussfolgerungen über die Qualität und Quantität der Umsetzung von politischen Inhalten im Unterricht zu.

Dazu gibt es wiederum bloß subjektive Erfahrungswerte und Einzelfallstudien (Filzmaier/Ingruber 2001), jedoch kaum umfassende Daten. Das seit über 30 Jahren existierende Unterrichtsprinzip wurde vor 2008 nie vollständig evaluiert. Analog zu den oft unbekanntem Einstellungen der SchülerInnen wird selten erforscht, was LehrerInnen als hauptsächliche VermittlerInnen über Politik und Politische Bildung denken. Das daraus resultierende Wissensdefizit ist umso dramatischer, als LehrerInnen mit Vorurteilen aller Art konfrontiert sind, etwa, dass sie in ihrer politischen Bildungsarbeit parteipolitisch manipulativ agieren würden.

Eine bislang unveröffentlichte Pilotstudie des BMUKK unter LehrerInnen – zu ansonsten internen Teilergebnissen siehe Filzmaier 2008 – hat versucht¹⁰, gesichertes Wissen zu liefern, wobei bewusst zum Teil parallele Fragestellungen gewählt wurden, welche in der oben zitierten BMUKK-Jugendstudie enthalten waren. Im Vergleich zeigen sich sofort augenscheinliche Parallelen hinsichtlich des Demokratieverständnisses und Politikinteresses.

Insgesamt war 2008 eine klare Mehrheit von über zwei Drittel (69 Prozent) der LehrerInnen mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden. Das entsprach exakt den Werten für Jugendliche aus der Parallelstudie. Genauso war 2007/08 in beiden Gruppen rund ein Viertel (28 bzw. 23 Prozent) mit der Demokratie nicht besonders zufrieden. Auch hinsichtlich des politischen Interesses – bis zu zwei Drittel behaupten jeweils, sich sehr oder wenigstens etwas für Politik zu interessieren – gibt es überraschend geringe Abweichungen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen. Die Daten passen genauso zu jahrelangen Daten von Umfragen unter Erwachsenen. Allerdings ist die Hälfte der LehrerInnen mehr oder minder überzeugt, ihre SchülerInnen seien uninteressiert, und bezweifelt die Effektivität der Politischen Bildung.

Es zeigte sich zudem eine unter LehrerInnen sehr kritische Einstellung gegenüber PolitikerInnen und Parteien. 29 Prozent wollen mit Parteien nichts zu tun haben, das entspricht fast exakt dem Wert von 28 Prozent bei SchülerInnen. Erwartungsgemäß bestehen große Berührungspunkte mit der Parteipolitik, die in ihrer Intensität dennoch überraschen. Das führt dazu, dass Auseinandersetzungen mit der (Partei-)Politik im Unterricht vermieden, und im Zweifelsfall wider besseres inhaltliches Wissen andere Themenzugänge gewählt werden. Paradox ist etwa, dass PolitikerInnen in einem Amt – etwa als BezirksvorsteherIn oder BürgermeisterIn usw. – betont neutral dargestellt und nicht als (partei-)politische Menschen angesehen werden.

Bereits die Begrifflichkeit von Politische Bildung ist offenbar problematisch und erzeugt Irritationen bei den LehrerInnen, sowie nach deren Aussage auch unter Eltern und SchülerInnen. Mehrmals wird eine Begriffsänderung von den LehrerInnen angesprochen, wobei als Negativdefinition neue Begriffe sich von Parteipolitik und Indoktrinierung, jedoch auch vom Image der Politischen Bildung als verstaubte Institutionenlehre, lösen müssten. Aus Sicht der LehrerInnen wäre für Politische Bildung Demokratie als positiv besetztes Wort in einem entsprechenden Schulfach und Unterrichtsprinzip passender als der polarisierende Wortstamm Politik.

Noch stärker ist die extreme Unsicherheit der LehrerInnen im Umgang mit der eigenen politischen Position. Das ist der Grund, dass einige LehrerInnen mit großer Skepsis und manchmal Ängsten sich der Politischen Bildung und ihrem Unterrichtsprinzip nähern. Eine Zweidrittelmehrheit der LehrerInnen meint zugleich, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Das deckt sich durchaus mit den Meinungen der Jugendlichen, doch hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es zum Teil dramatische Abweichungen (siehe Abbildung 4).

3. Wissen LehrerInnen, was SchülerInnen wollen?

Klare Spitzenreiter unter den Jugendlichen als häufiger zu behandelnde Wunschthemen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen. Bei den LehrerInnen liegen diese Themen in einer Rangordnung, was zu selten oder gar nicht behandelt wird, lediglich an fünfter und achter Stelle. Der Rest behauptet, das wäre „(sehr) oft“ der Fall. In Zahlen ausgedrückt: Während fast die Hälfte der SchülerInnen mindestens in der Häufigkeit der Themenbehandlung von Geschlechtergleichheit und Integration Defizite im Unterricht ortet, sind bis zu 70 Prozent der LehrerInnen gegenteiliger Meinung.

Demgegenüber meint rund die Hälfte der LehrerInnen (51 Prozent), dass zeitgeschichtliche Themen zu wenig Berücksichtigung finden. Bei Wahlen sind es mit 49 Prozent nahezu ebenso viele. Unter den Jugendlichen meinen hingegen bis zu drei Viertel, dass die Themen Zeitgeschichte – als Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt – und Wahlen ausreichend behandelt werden. Lediglich bei der Globalisierung ist die Einschätzung einer ungenügenden Beschäftigung damit bei SchülerInnen und LehrerInnen annähernd gleich.

(Neue) Medien sind ein Thema, wo ebenfalls für nur rund ein Viertel der Jugendlichen nicht genug getan wird. Diametral dazu sind Fragen von Internet und Demokratie unter LehrerInnen (für 66 Prozent) jenes Thema, das am häufigsten als zu selten besprochen angesehen wird.

Abbildung 4: Rangordnung gewünschter Themenbereiche für Politische Bildung im Vergleich

	Aus Sicht der SchülerInnen geschieht bei ... zu wenig*	Aus Sicht der LehrerInnen wird selten/gar nicht behandelt ...**
Chancengleichheit von Frauen und Männern	44 (1.)	39 (5.)
Integration von AusländerInnen	43 (2.)	31 (8.)
Globalisierung	36 (3.)	29 (9.)
Zeitgeschichte	31 (4.)	51 (2.)
Wahlen und politische Beteiligung	31 (5.)	49 (3.)
EU und Europa	29 (6.)	35 (7.)
Aktuelle politische Ereignisse im Inland	24 (7.)	41 (4.)

Angaben in Prozent bzw. Platzierung. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete jeweils „Wird zu viel, genug oder zu wenig getan für ...?“

Quelle: Filzmaier 2007a (*) und BMUKK 2008 (**) nach OGM-Repräsentativumfragen.

Weniger auffallend sind die Abweichungen beim EU-ropa-Thema und aktuellen Ereignissen, welche dennoch viel häufiger von LehrerInnen als unterrepräsentiert gesehen werden.

Hinsichtlich der Ansichten von LehrerInnen zu Politik und Politische Bildung ist es ebenfalls besonders interessant, diese mit jenen ihrer SchülerInnen bzw. von Jugendlichen zu vergleichen. Für beide Gruppen gibt es zwar ein stark ausgeprägtes institutionelles Verständnis von Politischer Bildung, d.h. die Vermittlung von Fakten wird von 78 Prozent der LehrerInnen und 88 Prozent der SchülerInnen als unabdingbare Basis gesehen, doch ist – anders als bei SchülerInnen – das Bekenntnis zu sozialen Kompetenzen unter LehrerInnen mindestens gleich groß bzw. mit 89 Prozent sogar größer.

Klar befürwortet übrigens seitens der LehrerInnen wird von 68 Prozent ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, Wählen mit 16 wurde hingegen noch 2008 von fast zwei Drittel (64 Prozent) abgelehnt. Daraus folgt, dass unabhängig von der Fachdiskussion für Wählen mit 16 sehr konkrete und greifbare Bereiche für Politische Bildung geschaffen werden müssen, um eine Negativstimmung der LehrerInnen als Stakeholder mit entsprechenden Folgewirkungen zu vermeiden.

Abbildung 5: Einstellungen von LehrerInnen zur Politik und Politische Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	78 (88)	23 (10)
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	89 (72)	11 (25)
In der Schule soll es für alle ab 14 Jahren ein ganz eigenes Fach Politische Bildung geben.	68 (71)	30 (28)
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	29 (28)	69 (72)
Manchmal wäre es sinnvoll, einen „starken Mann“ an der Staatsspitze zu haben, der weitgehend allein entscheidet	6 (19)	94 (81)
Dass Jugendliche in Zukunft mit 16 Jahren den Nationalrat wählen können, finde ich gut	33	64
Politische Bildung interessiert die Jugendlichen im Grunde überhaupt nicht, egal, wie sehr wir LehrerInnen uns um Politische Bildung bemühen	48	50

Angaben in Prozent. Die Zahlen in Klammer stellen zum Vergleich den entsprechenden Wert für SchülerInnen dar. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete „Und nun lese ich Ihnen einige Aussagen über Politik und Politische Bildung vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen zustimmen oder nicht.“

Quelle: BMUKK 2008 nach OGM-Repräsentativumfragen.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Vereinfachend ist der Gesamtbefund für Ansichten von Jugendlichen in Österreich knapp zusammenfassbar: Sie unterscheiden sich hinsichtlich der politisch-gesellschaftlichen Meinungen, Einstellungen und Werte weniger dramatisch von anderen Altersgruppen, als es landläufigen Auffassungen entspricht. Vor allem die Werte für das Demokratie- und Politikverständnis entsprechen – Politik(erInnen)- und Parteienverdrossenheit inklusive – jenen von Erwachsenen. Mehrere Thesen lassen sich als mögliche Schlussfolgerungen aus empirischen Befunden ableiten:

- Es gibt als Ausgangslage für Politische Bildung in Österreich eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit, wenig radikale DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind.
- Im Querschnitt sind Jugendliche eindeutig für mehr Politische Bildung aufgeschlossen als manche Erwachsenengruppen, sowie schulisch an einem entsprechenden Fach interessiert. Salopp ausgedrückt: Neugier für das Thema Politik kann durchaus geweckt werden, eher sind LehrerInnen skeptisch. Insofern ergeben die angesprochene Demokratieinitiative der Bundesregierung 2007/08 für Jugendliche und sogar umstrittene Aktionen wie PolitikerInnen zu ausgewählten Themen ohne Wahlkampfbezug und mit guter Vorbereitung (!) auf Schulbesuch Sinn.
- Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Zwei- oder Mehrklassengesellschaft von Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

Die Dominanz des Integrations- bzw. „AusländerInnen“-Themas lässt hingegen anhand der vorliegenden Daten allein keine (!) Rückschlüsse auf Positionierungen der SchülerInnen bzw. Jugendlichen zu. Eine verstärkte Behandlung von Aspekten des Aufeinandertreffens von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Schulunterricht etwa könnten BefürworterInnen einer multikulturellen Annäherung fordern, jedoch ebenso RassistInnen. Demgegenüber zeigt sich in der öfters gewünschte Diskussion von Geschlechterverhältnissen, dass Jugendliche in der Tat für ein verstärktes Gleichberechtigungdenken sind.

Wählen mit 16 hat eine Intensivierung von Programmen der Politischen Bildung in Österreich ausgelöst, die auch unabhängig vom Wahlalter empfehlenswert sind. So hätte die bisherige Fokussierung auf die elfte bis 13. Schulstufe bedeutet, das Thema Wahlen selbst zu behandeln, nachdem 16- bis 18-jährige SchülerInnen je nach Verlauf der Legislaturperioden bereits bis zu fünfmal (auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene und für das Bundespräsidentenamt) gewählt haben. Gleichzeitig wurde durch die altersmäßige Vorverlagerung der Politischen Bildung versucht, Jugendliche anzusprechen, solange die Schule noch weitgehend einen Lebensmittelpunkt darstellt. Für Lehrlinge ist die Berufsschule nur sehr bedingt ein solcher. Daraus ergibt sich als Notwendigkeit eine verstärkte Politische Bildung als außerschulische Aufgabe seitens der Sozialpartnerschaft (Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Gewerkschaften, BetriebsrätInnen usw.), um nicht eine Kluft der Initiativen politischer Bildungsarbeit zwischen Jugendlichen an weiterführenden Schulen und im Berufsleben zu forcieren.

Hinsichtlich der LehrerInnen als PolitikvermittlerInnen und AgentInnen bzw. MultiplikatorInnen politischer Bildungsarbeit ist festzustellen, dass diese weder bessere noch schlechtere DemokratInnen sind als ihre SchülerInnen bzw. der Rest der Bevölkerung. Sie sind auch nicht

per se politisch interessierter oder desinteressierter. Im Umkehrschluss sind LehrerInnen nicht (!) von der Politikverdrossenheit erfasst, jedoch in hohem Maße von PolitikerInnen und Parteien verdrossen, was ihren Unterricht ungleich mehr beeinflusst als die fälschlich behauptete Parteilichkeit.

Vor allem haben LehrerInnen massive Probleme im Umgang mit ihrer politischen Identität sowie zum Teil völlig andere Themenvorstellungen in der Politischen Bildung als ihr schulisches Zielpublikum. Daraus resultieren vielfältige Konsequenzen, etwa aufgrund des Identitätsdilemmas eine scheinbare Objektivität von LehrerInnen anstatt von Transparenz politischer Einstellungen. Unterschiedliche Wünsche, welche Themen Politische Bildung beinhalten soll, bedeuten hingegen keine Notwendigkeit, den Präferenzen von Jugendlichen überall entgegenkommen zu müssen – doch fehlt es womöglich am Bewusstsein, mit von den eigenen Prioritäten stark abweichenden Vorstellungen konfrontiert zu sein.

Genauso ist eine Entpolitisierung der Politischen Bildung latent gefährlich, weil sie das kritische Bewusstsein schmälert und den Autoritätsglauben fördert. Umgekehrt werden Parteien und ParteipolitikerInnen in klischeehafter Form und ohne ausreichenden Sachbezug übertrieben negativ dargestellt. Das ist bedauerlich, weil ja wie erwähnt Jugendliche durchaus den verstärkten (sachbezogenen!) Dialog mit PolitikerInnen wünschen, und bloß von den LehrerInnen eine große Scheu vor solchen Kontakten besteht.

Trotz Anerkennung des eigenständigen Handelns als zentrales Ziel der Politischen Bildung ist das Bild einer mehrheitlich an besonders innovativen, progressiven und zivilgesellschaftlichen Projektarbeiten o.ä. interessierten Jugend und LehrerInnenschaft falsch und müsste erst gezielt gefördert werden. In taktischen Überlegungen werden Parteien als politische Akteure das nicht prioritär sehen, weil der Erst- und JungwählerInnenanteil zu gering ist. Bis zu 25 Prozent der Wähler und Wählerinnen sind in Pension, nur knapp über zehn Prozent unter 30 Jahre alt. Somit ist klar, welche Zielgruppen im Wahlkampf forciert umworben werden.

Für eine Verbesserung der Politischen Bildung und ihrer Didaktik ist daher primär das Bildungssystem gefordert. Notwendigkeiten sind nach der vorliegenden Datenlage ein fortgesetzter Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebots für MultiplikatorInnen sowie der außerschulischen Politischen Bildung. Im schulischen Bereich wurde diese zuletzt intensiviert, und könnte angesichts der Datenlage eines entgegen der Aufregung nach Wahlergebnissen nur bedingten Radikalismus der Jugend vorsichtig positiv bilanzieren. Eine Erkenntnis der skizzierten Forschungsergebnisse ist jedoch, dass einige Zielgruppen besonders intensiv und andere kaum erreicht werden bzw. sich dieser Gegensatz zu verschärfen droht. Das gilt für SchülerInnen und LehrerInnen, nach Schultypen, sowie nach soziodemografischen und regionalen Kriterien gleichermaßen. Hauptzielsetzung für Politische Bildung 2009/10 muss es demzufolge sein, unter dem Motto „*Dorthin gehen, wo es weh tut!*“ den Wirkungsbereich der Bildungsarbeit auf allen Ebenen zu erweitern. Konkrete Handlungsempfehlungen für Politische Bildung in Österreich beinhalten:

- Verpflichtende statt fakultative Fortbildung für MultiplikatorInnen mit entsprechenden Anreizen wie Berufs- und Karrierevorteilen als Motivation. Basis dafür sind systematische statt singuläre Programme sowie einheitliche Standards der Inhalte und ihrer Vermittlung, etwa in Form von Kompetenzmodellen (siehe dazu den Beitrag von Wolfgang Sander in diesem Heft).
- Einen Schwerpunkt für und an Hauptschulen in der LehrerInnenbildung, durch niedrigschwellige Unterrichtsmaterialien sowie eine Stärkung der schulinternen Demokratie zur Einbeziehung der SchülerInnen (etwa als Schulgemeinschaftsausschuss für alle Schultypen

und nicht allein in höheren Schulen). Für die Zeit nach der Haupt- und Polytechnischen Schule sind von Berufsschulen die angesprochenen Kooperationen mit der Sozialpartnerschaft auszubauen.

- Politische Bildung ist schließlich von einem öffentlichen Themenbewusstsein ihrer Wichtigkeit abhängig. Anerkennt die Gesellschaft eine solche, wird das auch Quantität und Qualität der Ressourcen für Politische Bildung erhöhen. Dazu gehört nach der vorliegenden Bestandsaufnahme weiterhin eine kontinuierliche Begleitforschung, was AdressatInnen und VermittlerInnen meinen.

ANMERKUNGEN

- 1 Grundsatzlerlass Politische Bildung verfügbar unter <http://politik-lernen.at> (zuletzt abgerufen am 6. Juli 2009).
- 2 Beispielhaft kann verwiesen werden auf Vollangebote wie <http://politik-lernen.at> oder <http://demokratiezentrum.org>, sowie themen- und parteibezogen auf <http://politikkabine.at>.
- 3 Dazu wurden im August und im September 2006 vom Meinungsforschungsinstitut SPECTRA 1.231 Jugendliche in persönlichen mündlichen Interviews (*face to face*) befragt. Die Stichprobengröße betrug $n = 1.231$, woraus sich eine maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,8$ Prozent ergab. Zusätzlich wurde eine qualitative Studie durchgeführt, wobei in der Zeit von November 2006 bis Mai 2007 fünf *focus groups* (moderierte Gesprächsrunden) durchgeführt wurden. Vgl. Friesl et al. 2008, 10.
- 4 Es wurden vom 21. März bis zum 10. April 2007 nach dem Quotenverfahren 1.002 Personen befragt, welche statistisch repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren waren. Da es sich um eine *face to face*-Befragung handelte, sind einzelne Zahlen nicht im Detail mit anderen Daten 2007/08 aus diesem Beitrag vergleichbar, denen Telefoninterviews zugrunde lagen.
- 5 Der Studie im Auftrag des Renner-Instituts liegen eine repräsentative Telefonumfrage unter 1.200 14- bis 20-Jährigen sowie *focus groups* mit Jugendlichen in allen Bundesländern aus der Zeit von Februar bis Juni 2008 zugrunde.
- 6 Für diese ISA/SORA-Studie 2009 im Auftrag des BMUKK wurden in einer telefonischen Nachwahlbefragung als repräsentative Stichprobe nach dem Zufallsverfahren auf Basis von Haushalt-Screenings 1.000 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, also die (möglichen) ErstwählerInnen in der Nationalratswahl am 28. September 2008, befragt. Ergänzend fanden *focus groups* mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus statt.
- 7 Alle kursiven Zitate sind Gesprächsprotokollen zu den – siehe die vorangegangenen und nachstehenden Fußnoten – im Rahmen der einzelnen Studien durchgeführten *focus groups* entnommen, und wurden ebenda mehrmals wörtlich und/oder sinngemäß ausgesprochen.
- 8 Die Studienergebnisse basierten einerseits auf 800 Telefoninterviews unter 14- bis 24-jährigen ÖsterreicherInnen vom 4. bis zum 21. April 2007. Die Stichprobenauswahl erfolgte im Zufalls- und innerhalb des getroffenen Haushalts nach dem Quotenverfahren. Die maximale Schwankungsbreite betrug $\pm 3,7$ Prozent. Eine Faktorengewichtung wurde nach der Media-Analyse 2004 bzw. Statistik Austria 2001 durchgeführt. Andererseits wurde moderierte Gesprächsrunden mit Jugendlichen konzipiert und ausgewertet. Die Zielpersonen dieser Gruppendiskussionen umfassten jeweils nach soziodemografischen und sozioökonomischen Indikatoren einen Querschnitt von Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Gruppen wurden hinsichtlich der Kriterien Geschlecht und Milieu gemischt, jedoch bewusst für 14- bis 18-Jährige und 19- bis 24-Jährige gestaffelt organisiert. Bei der Gruppe der 19- bis 24-jährigen Jugendlichen bestand insbesondere eine leichte Übergewichtung von TeilnehmerInnen mit formal höherem Bildungsgrad (Studierende).
Für Telefoninterviews und Rekrutierung von *focus groups*-TeilnehmerInnen muss festgehalten werden, dass am wenigsten an Politik interessierte Jugendliche öfters nicht als Befragungspersonen zur Verfügung stehen wollten als politisch Interessierte. Ein gewisses Maß an positiver Selbstselektion ist daher nicht auszuschließen.
- 9 Neben der Politischen Bildung umfassen die Unterrichtsprinzipien Gesundheitserziehung, Umweltbildung, Sexualerziehung, Interkulturelles Lernen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Medienerziehung, Verkehrserziehung, Wirtschaftserziehung, Europaerziehung, Leseerziehung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit.
- 10 Insgesamt wurden als repräsentative (Quoten-)Stichprobe im November 2007 500 LehrerInnen aus Österreich telefonisch befragt. Die Grundgesamtheit und Stichprobe umfassten LehrerInnen aller Schultypen und -fächer. Das

Signifikanzniveau beträgt +/- 4,3 Prozent. Zusätzlich wurden als qualitatives Forschungsinstrument sechs *focus groups* in unterschiedlichen Landeshauptstädten und jeweils mit LehrerInnen aus dem ganzen Bundesland durchgeführt. Eine Gruppe fand nur mit VolksschullehrerInnen statt, ansonsten wurden stets LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen und -fächer eingeladen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule/AWS* (Hg.) (2001). Medienpaket Politische Bildung, Wien, Internet: <http://aws.m-services.at/docs/aws.php>.
- Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten/BMUKK* (2008). LehrerInnen und Politische Bildung – Einstellungen zum Unterrichtsprinzip, Wien, unveröffentlichter Forschungsbericht.
- Dachs, Herbert* (Hg.) (1996). Politische Bildung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/1996, Wien.
- Dachs, Herbert/Heinz Fassmann* (Hg.) (2002). Politische Bildung: Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien.
- Dachs, Herbert/ Gertraud Diendorfer/Heinz Fassmann* (Hg.) (2005). Politische Bildung, Wien.
- Dachs, Herbert* (2008). Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.). 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien, 17–34.
- Filzmaier, Peter* (2003). Politische Bildung: Was ist das?, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter* (2007a). Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen, Studie und Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUKK), Wien, als Kurzbericht verfügbar unter <http://donau-uni.ac.at/dpk>.
- Filzmaier, Peter* (2007b). Politik und Politische Bildung, Wien.
- Filzmaier, Peter* (2008). Politisches Denken von Lehrern und Schülern, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter/Daniela Ingruber* (2001). Politische Bildung in Österreich. Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses, Wien/München.
- Filzmaier, Peter/Peter Hajek* (2005). Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, Wien.
- Forum Politische Bildung* (Hg.) (1991ff). Informationen zur Politischen Bildung, Schriftenreihe, Wien, Internet: <http://www.politischebildung.com/>.
- Friesl, Christian/Ingrid, Kromer/Regina Polak* (2008). Lieben – Leisten – Hoffen: Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien.
- Großegger, Beate* (2007). Jugend zwischen MySpace und MTV, in: Beate Großegger/Bernhard Heinzlmaier: Die neuen Vorbilder der Jugend, Wien, 127–162.
- Großegger, Beate* (2008). Jugendkulturen – ein Spiegel der Gesellschaft? Szene-Kids und ihr nicht ganz einfaches Verhältnis zur Politik, Wien.
- IMAS International* (2007). Die politischen Zielsetzungen der ganz Jungen, Älteren und Alten, Report Nr. 8, Mai 2007, Linz.
- Institut für Strategieanalysen (ISA)/SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2009). Jugendstudie nach der Nationalratswahl 2008, Wien (Forschungsbericht im Erscheinen).
- Karlhofer, Ferdinand* (2006). Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (1997). Jugend und Politik in Westösterreich, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (2000). Jugend und Demokratie in Tirol, Innsbruck.
- Lange, Dirk/Volker Reinhart* (Hg.) (2007). Basiswissen Politische Bildung: Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht, 6 Bände, Baltmannsweiler.
- Palme, Imma/Peter Filzmaier* (2008). Jugendstudie des Renner-Instituts: Projektbericht, Wien.
- Ptaszynska, Aleksandra/Sabine Westphal/Natalia Waechter* (2008). Learning for Participation: Family, Peers, School, Work and Voluntary organisations, in: Wolfgang Gaiser/Reingard Spannring/Günther Ogris (Hg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen, 87–103.
- Sander, Wolfgang* (2007). Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Taunus.
- SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2005). „Wählen heißt erwachsen werden!“ – Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005, Wien.
- Ullram, Peter* (2007). Jugend und politische Orientierungen, Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ), Wien.

AUTORINNEN

Peter FILZMAIER, Univ.-Prof. Dr., ist Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Korrespondenzadresse: Department Politische Kommunikation, Donau-Universität Krems,
Dr. Karl Dorrek-Straße 30, 3500 Krems
E-Mail: peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Cornelia KLEPP, Dr.ⁱⁿ, ist Universitätsassistentin im Arbeitsbereich Didaktik der Politische Bildung an der Universität Wien sowie geschäftsführende Leiterin und wissenschaftliche Koordinatorin des Master-of-Science-Studienprogramms Politische Bildung der Universitäten Krems und Klagenfurt.

Korrespondenzadresse: Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien, Thurgasse 8/12,
1090 Wien
E-Mail: cornelia.klepp@univie.ac.at

und PraktikerInnen fehlt es daher weitgehend an systematischen Daten zu den Sichtweisen der Zielgruppen Jugendliche und deren LehrerInnen.

Mit anderen Worten: Es werden von ExpertInnen Positionen bezogen, ohne – von subjektiven Erfahrungen, partiellen Evaluationen, vereinzelt Sekundärdaten usw. abgesehen (siehe u.a. Filzmaier/Ingruber 2001) – empirisch belegbar viel über Meinungen, Einstellungen und Werte zur Politischen Bildung von Jugendlichen bzw. SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern zu wissen. In Deutschland gibt es nicht zuletzt deshalb umfassendere und klarere Vorschläge für Politische Bildung (als Standardwerke etwa Lange/Reinhart 2007 und Sander 2007), in Österreich wird in Relation dazu dilettiert.

Bezeichnenderweise mussten lange Zeit insbesondere Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung indirekt aus allgemeinen Wertestudien (siehe dazu Friesl/Kromer/Polak 2008 als Berichtsband zur Österreichischen Jugend Wertestudie 2006/07, welche die Wertewelt und die Lebenseinstellung von Jugendlichen zwischen 14 und 24 Jahren im Kontext des sozialen Wandels als Zeitvergleich von 1990 bis 2006 analysiert³), sowie aus Wahlstudien und Nachwahlbefragungen (SORA 2005 und ISA/SORA 2009) geschlussfolgert werden.

Bei Letzteren ist unbestritten, dass Wahlen als Ausnahmesituation eine intervenierende Variable darstellen, so dass es zu bedingt typischen Kurzeitergebnissen oder der Messung von Momentaufnahmen kommen kann. Längerfristige und wahlunabhängige Erhebungen für einen empirischen Befund, was junge Zielgruppen und – im Regelfall weniger junge VermittlerInnen Politischer Bildung – über eben diese denken, sind erst in der allerjüngsten Vergangenheit und ausgelöst durch Wahlen mit 16 häufiger geworden (Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a; Ulram 2007; Großegger 2007; Großegger/Heinzelmaier 2007 sowie BMUKK 2008). Davor gab es rund um das Thema Jugend und Politik primär regionale Studien, welche vor allem aufweisen (etwa Karlhofer/Seeber 1997; Karlhofer/Seeber 2000 oder Karlhofer 2006).

Diese liefern insbesondere durch ihre breite Ausrichtung sowie die Unabhängigkeit von Wahlzeitpunkten bzw. unmittelbar auf Wahlen bezogenen Fragestellungen wertvolle Erkenntnisse, haben jedoch ebenfalls eher einen Fokus auf politische Einstellungen generell und beschäftigen sich in Relation dazu weniger mit der konkreten Position von Jugendlichen zur Politischen Bildung. Allgemein werden in Studien (zu) selten Vergleiche mit den Ansichten der LehrerInnen hergestellt. Was unverändert großteils fehlt, sind Querverbindungen zu den Meinungen der Eltern. Abgesehen von der Option, Daten über Politeinstellungen von Erwachsenen mit der üblichen Statistikfrage nach der Kinderzahl zu korrelieren bzw. in Kreuztabellen darzustellen, werden entsprechende Fragen im Regelfall nicht auf die Elternrolle bezogen und/oder in Verbindung mit Politischer Bildung im jeweiligen Schultyp der Nachkommen usw. gestellt.

1. Gesellschaft und Politik aus Sicht der Jugend

1.1 Gesellschaftliche Grundwerte

Vor einer Beurteilung der Ansichten von Jugendlichen zu Demokratie und Politik ist deren grundsätzliches Selbst- und Gesellschaftsverständnis zu beachten. Schlüsselfragen im Zusammenhang mit Politischer Bildung dabei sind:

- Inwiefern unterscheiden sich Jugendliche in ihren Einstellungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen und Zielen von Erwachsenen?
- Sind Jugendliche in Österreich grundsätzlich konservativ oder liberal?

Für konkrete Zahlenvergleiche bietet sich die größte Bevölkerungsgruppe von über 50 Jahren an, welcher neben den PensionistInnen (quasi als Gegenpol zu erst in Ausbildung befindlichen Menschen) zu einem großen Teil politische und wirtschaftliche EntscheidungsträgerInnen sowie LehrerInnen angehören. Altersspezifische Differenzen ergeben sich hierbei vor allem in der Ausprägung von Meinungen, nicht jedoch in deren Mehrheitstendenz.

Beispielsweise ist (IMAS 2007, 2ff.⁴) für knapp drei Viertel der über 50-Jährigen eine langfristige Pensionssicherung besonders wichtig. Doch meinen das genauso viele unter den 25- bis 34-Jährigen sowie im Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung. Bei den 16- bis 24-jährigen Jugendlichen ist der Vergleichswert mit 59 Prozent zwar signifikant (minus 13 Prozentpunkte) geringer, doch ordnet ja somit ebenfalls eine klare Mehrheit dem Thema Pensionen höchste Bedeutung zu. Allgemein lautet das Verhältnis beim Wunsch für bessere Sozialgesetze zwischen jüngster und ältester Gruppe 50 zu 59 Prozent.

Ähnlich die Indikatoren für Werte, welche häufig als Grundlage für Links-Rechts-Schemas herangezogen werden. Nur oberflächlich betrachtet sind Jugendliche in Österreich gemäß den zitierten IMAS-Daten liberaler als ältere StaatsbürgerInnen. In einer Gegenüberstellung der Einstellungen von 14- bis 24-Jährigen sowie über 50-Jährigen befürworteten junge Menschen seltener eine *law and order*-Politik (mit 54 zu 71 Prozent Zustimmung), strengere Immigrations- und Asylgesetze (55 zu 68 Prozent) oder auch weniger Pornografie (19 zu 42 Prozent).

Wer diese Zahlen liest, bemerkt zugleich die jeweils klare Mehrheit für härtere Strafen und eine strikte „Ausländerpolitik“ – nicht einmal jeder dritte Jugendliche (27 Prozent im Jahr 2007) will eine multikulturelle Gesellschaft verwirklichen. Analog dazu sind 14- bis 24-Jährige nicht so heimatbewusst und wollen eher den Einfluss der Kirche zurückdrängen (37 zu 20 Prozent), doch gibt es dafür keine konservative Mehrheit.

Die Orientierung der Jugend an – auch, nicht nur – vermeintlich „rechten“ Themen bestätigt sich in einer Studie des Renner-Instituts (Palme/Filzmaier 2008)⁵, die ergibt, dass 34 Prozent sehr und weitere 49 Prozent etwas – in Summe also mehr als vier von fünf Jugendlichen – ein Ansteigen der Kriminalität befürchten. Ebenso vier Fünftel (81 Prozent) sagen, dass mehr für den Schutz gegen Verbrechen zu tun wäre.

Ein Drittel hat Angst vor einem Zusammenbruch des politischen Systems. Fast zwei Drittel meinen, dass für die Integration von AusländerInnen entweder eindeutig zu viel oder klar zu wenig gemacht wird. 30 Prozent lehnen es dezidiert ab, dass Nicht-ÖsterreicherInnen gleiche Rechte haben. Im Vergleich dazu wollen sechs von zehn Jugendlichen den Zuzug von AusländerInnen stärker begrenzen. Vice versa schätzt allerdings eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent soziale Gerechtigkeit als wichtigeren Wert ein als die Freiheit des Marktes. Jugendliche vertreten demzufolge eher sozial- als wirtschaftsliberale Standpunkte und sind in Verbindung mit AusländerInnen stärker „rechts“ und sozialpolitisch durchaus mehr „links“ eingestellt. Direktfragen nach der ideologischen Selbsteinschätzung bringen unter Jugendlichen hingegen kaum verwertbare Ergebnisse (ISA/SORA 2009⁶), weil fast die Hälfte sich als „in der Mitte“ verortet und jeweils rund 20 weitere Prozent als „eher rechts“ oder „eher links“. Extrempositionen will kaum jemand einnehmen.

1.2 Demokratie- und Politikverständnis

Über Politik wird jedenfalls unter Jugendlichen zumindest im Kreis von Freunden und Freundinnen nicht vordergründig gesprochen. Man redet untereinander am liebsten über Themen wie

die Gestaltung des Freizeitprogramms, Musik oder Probleme in der Schule. Gemäß einer Studie des Instituts für Jugendkulturforschung (Großegger 2007) geben nur acht Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen elf bis 14 Jahren an, mit FreundInnen über Politik zu sprechen. Immerhin 29 Prozent der Altersgruppe zwischen 15 und 18 Jahren tun das.

Die Ergebnisse quantitativer Umfragen für das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (BMUKK) zeigten, dass Demokratie von Jugendlichen sehr auf den Wahlzusammenhang reduziert wird. Es gibt meist ein sehr enges Verständnis dafür, was Politik umfasst bzw. sein kann. Die vielfältigen Dimensionen von Politik und politischen Prozessen werden oft erst bewusst, wenn ein Bezug zur jugendlichen Lebenswelt hergestellt wird. Zitate von Jugendlichen – aus den *focus groups* zu diesen Umfragen⁷ – lauten etwa „*Wir dürfen wählen!*“ und „*Wir entscheiden, wer für uns entscheidet!*“ als Definition von Politik (Filzmaier 2007a, 8).⁸ Jugendliche haben zudem einen sehr institutionalisierten Politikbegriff, und Politik wird primär *top down* aus Sicht der Regierenden und wenig *bottom up* als von den Regierten ausgehend verstanden.

Die Zufriedenheit mit der österreichischen Demokratie ist bei den jugendlichen ÖsterreicherInnen trotzdem hoch (Filzmaier 2007a, 7ff.). Unter den 14- bis 24-Jährigen ist eine klare Mehrheit von mehr als zwei Drittel bzw. 69 Prozent mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden, es gibt kaum völlig unzufriedene Jugendliche. Relativierend und mahnend ist anzumerken, dass es kaum grundsätzliche DemokratiegegnerInnen gibt, jedoch ein bedenklicher Anteil von latent Unzufriedenen festgestellt werden kann. Fast ein Viertel (23 Prozent) der Jugendlichen ist mit der Demokratie nicht besonders zufrieden.

Genau ein Fünftel der Jugendlichen (20 Prozent) bezeichneten sich im Jahr 2007 als politisch sehr interessiert, 2009 waren es 26 Prozent (Filzmaier 2007a und ISA/SORA 2009). Zumindest etwas politisches Interesse geben jedoch konstant rund zwei Drittel (in Summe 68 bzw. 64 Prozent) an. Etwas mehr als die Hälfte glaubt, eine deutliche politische Meinung zu haben, wobei das stark damit korreliert, ob sie bereits als Kind politische Eindrücke erlebt haben. Mit dem politischen Interesse – und nicht unbedingt mit einer höheren Wahlabsicht – steigt eindeutig die Demokratiezufriedenheit. Jeder fünfte Jugendliche (19 Prozent) präferiert einen „starken Mann“ in der Politik.

Abbildung 1: Autoritätsbewusstsein von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich

Es befürworten ...	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre			alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahren
	2008*	2007	2005	
... einen starken Mann	19	19	9	16
... mehrere Entscheidungsträger	80	81	90	82
keine Angabe	1	0	1	2

* 16- bis 18-Jährige.

Angaben in Prozent.

Quellen: Filzmaier/Hajek 2005; Filzmaier 2007a, Palme/Filzmaier 2008. Die Datenquelle sind jeweils repräsentative Meinungsumfragen der Institute OGM (2005/07) und IFES (2008), siehe dazu die entsprechenden Fußnoten im Text.

In der Zeit 2007/08 sind diese Daten konstant und für alle jungen Altersteilgruppen höher als ein paar Jahre zuvor. Zudem gilt: Je geringer das politische Interesse und die Wahlabsicht, desto stärker die Neigung zu autoritären Führungspersönlichkeiten.

Parallel dazu zeigt sich unter jungen Menschen eine latent negative Meinung über traditionelle Politik, obwohl deren Staatsbezogenheit sogar begrüßt wird („*Politik ist Entscheidungen zu treffen, die andere nicht treffen können*“). Allgemein kommt im Politikverständnis von Jugendlichen der starke Staat als unumstrittene Tatsache und sogar – im Sinne einer unkritischen Anerkennung staatlicher Autorität – überraschend positiv bewertet zum Ausdruck.

Als konkrete Missstände der Politik werden vor allem tagesaktuell in den Medien sehr präzente Ereignisse bzw. Entwicklungen genannt. Emotionale Kritik gibt es vor allem gegen bestimmte Parteien und PolitikerInnen als Personen.

Immerhin rund ein Viertel will mit politischen Parteien überhaupt nichts zu tun haben. Ein knappes Viertel (23 Prozent) ist fest überzeugt, dass PolitikerInnen sich nicht um die Meinung junger Menschen kümmern. Weitere 43 Prozent stimmen dem wenigstens tendenziell zu. Daraus resultiert eine Gleichgültigkeit, dass es egal wäre, welche politische Partei regiert. Dazu passt als knappe Minderheitsmeinung, die Regierung würde das Beste für die Bevölkerung tun. Ebenso viele sehen die Wirtschaft für wichtiger als die Politik an.

Vom Bundespräsidenten haben 57 Prozent der Jugendlichen eine gute Meinung – das ist freilich wenig, denn über 90 Prozent haben diese von Feuerwehr und Rotem Kreuz, rund 80 Prozent von Sozial- und Umweltorganisationen sowie der Polizei. Abgeschlagen sind mit unter 50 Prozent Parlament, Gewerkschaft und Parteien (Palme/Filzmaier 2008). Umgekehrt werden PolitikerInnen positiv gesehen, wenn es ihnen gelingt, bei jungen Menschen eine persönliche Betroffenheit herzustellen bzw. ihr Lebensumfeld zu verbessern.

Abbildung 2: Politikimages bei 14- bis 20-jährigen Jugendlichen

	stimme sehr zu	stimme etwas zu	stimme weniger zu	stimme gar nicht zu
Welche Partei gerade in der Regierung ist, hat auf mein Leben nicht den geringsten Einfluss	28	28	26	17
Die Politiker kümmern sich nicht viel um das, was junge Leute denken	23	43	24	9
In der heutigen Welt ist die Wirtschaft das Wichtigste, Politik eher unwichtig	10	40	33	16
Die Regierung tut ihr Bestes um herauszufinden, was die Bevölkerung wirklich will	10	37	35	17
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	8	20	31	41
Wozu Politik gut sein soll, weiß ich nicht wirklich	6	20	28	45

Angaben in Prozent.

Quelle: Palme/Filzmaier 2008 nach IFES-Repräsentativumfragen.

1.3 Ansichten zur Politischen Bildung

Eine Zweidrittelmehrheit der Jugendlichen (64 Prozent) meint, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Selten haben Jugendliche allerdings eine klare Vorstellung von Politischer Bildung, obwohl bis zu drei Viertel meinen, eine solche zu haben. In den *focus groups* zeigen sich dennoch große Unsicherheiten, was Politische Bildung im Detail sein kann. Sind freie Assoziationen gewünscht, gibt es kaum Wortmeldungen dazu. Nach einer längeren Nachdenkpause kommt es analog zum Politikbegriff wiederum zu sehr institutionellen Assoziationen.

Quantitativ finden die Aussagen, dass Politische Bildung Institutionenlehre wäre und an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll zwischen 80 und 90 Prozent Zustimmung (Filzmaier 2007a, 15). Nichtregierungsorganisationen wird demgegenüber ein bescheidener Stellenwert als Politische BildnerInnen eingeräumt. Trotz eines Lippenbekenntnisses für Politische Bildung als Förderung selbstständigen Handelns folgt daraus eine geringe Bereitschaft zu politischem Aktivismus. Nur zwischen 25 und 30 Prozent der Jugendlichen sind bereit, sich an Demonstrationen, der Sammlung von Unterschriften oder einem Streik zu beteiligen.

Abbildung 3: Einstellungen von Jugendlichen zur Politischen Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	88	10
Politische Bildung soll vor allem in der Schule und an Universitäten vermittelt werden	83	16
Ich würde an einer Demonstration teilnehmen/für ein politisches Thema Unterschriften sammeln/mich an einem Streik beteiligen	30/27/25	70/73/75
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	72	25
Was Politische Bildung sein soll, das weiß ich eigentlich nicht	21	78

Angaben in Prozent.

Quelle: Filzmaier 2007a und Palme/Filzmaier 2008 nach OGM- und IFES-Repräsentativumfragen.

Hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es folgende Gruppen von Inhalten (Filzmaier 2007, 13f. und Palme/Filzmaier 2008):

- Für fast die Hälfte (44 bzw. 43 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen Wunschthemen, die im Unterricht häufiger behandelt werden sollten. Auch meinen 56 Prozent, dass für Geschlech-

tergleichheit zu wenig von der Politik getan würde, obwohl nur ein sehr kleiner Anteil (vier Prozent) die Überzeugung stark anstatt bloß etwas vertritt.

- Das Mittelfeld mit rund einem Drittel (36 und zweimal 31 Prozent) Jugendlicher, die hier unzureichende Aktivitäten sehen, bilden Globalisierung, Zeitgeschichte (als die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt) und Wahlen bzw. politische Beteiligung. Jugendliche wünschen sich in diesem Zusammenhang auch weniger JungkandidatInnen auf Parteilisten, sondern eher Personen in öffentlichen Institutionen – wie etwa Ombudsleute bzw. JugendreferentInnen – die AnsprechpartnerInnen für ihre Anliegen darstellen.
- Schlusslichter – d.h. von den Jugendlichen als nicht verstärkt aufzugreifende Themen eingestuft – sind nicht nur EU-ropa, sondern überraschend auch (Neue) Medien und aktuelle politische Ereignisse, wo für rund drei Viertel der Jugendlichen (75 und 73 Prozent) genug oder sogar zu viel getan wird.

Fast drei Viertel (71 Prozent) der 14- bis 24-Jährigen befürworten an Schulen ausdrücklich ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, das *nicht* in Kombination mit anderen Fächern stattfindet. Schule und Universität sind als neutrale Orte Politischer Bildung anerkannt: 93 Prozent (!) sehen da die Schule als sehr (59 Prozent) oder eher wichtig. 83 Prozent meinen, dass Politische Bildung vor allem an Schulen und Universitäten vermittelt werden soll. Zudem kommt dem Elternhaus viel Bedeutung zu. Für ungefähr drei Viertel der 16- bis 18-Jährigen waren Mutter und/oder Vater Ansprechpersonen für eine Diskussion zur Nationalratswahl 2008 (ISA/SORA 2009).

2. Einstellungen von LehrerInnen

In der Geschichte Politischer Bildung in Österreich muss zwischen Schulfach und Unterrichtsprinzip unterschieden werden (für einen frühen Kurzüberblick siehe Filzmaier 2003). Als Gegenstand bzw. Fach gab es Politische Bildung in Österreich bis 2008 an Polytechnischen Schulen, Berufsschulen und – mit unterschiedlichen Namenskombinationen – an den Berufsbildenden Mittleren und Höheren Schulen (BMHS). In Allgemeinbildenden Höheren Schulen (AHS) wurde mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 für die Oberstufe das Fach „Geschichte, Sozialkunde und Politische Bildung“ als Pflichtgegenstand eingeführt, nachdem vorher lediglich die Möglichkeit eines Wahlpflichtgegenstands und einer unverbindlichen Übung bestand.

2008/09 ergab sich eine Veränderung bzw. Ausweitung, als zusätzlich das Fach „Geschichte und Politische Bildung“ für die achte Schulstufe entstand. Als Fächerkombination ist Politische Bildung somit erstmals flächendeckend in der Sekundarstufe I verankert. Politische Bildung ist zugleich in den Lehrplänen generell gestärkt worden.

Zusätzlich gibt es an österreichischen Schulen seit 1978 ein Unterrichtsprinzip Politische Bildung, das in allen Schultypen, -gegenständen und -stufen vermittelt bzw. berücksichtigt werden soll. Infolge dieser alters- und fachunabhängigen Verankerung ist theoretisch jede/r LehrerIn zur Politischen Bildung berufen. In der Realität stellt sich die Frage, mit welcher Qualifikation Politische Bildung an SchülerInnen vermittelt werden soll.

Es fehlt weitgehend eine standardisierte Ausbildung, die LehrerInnen für die Umsetzung des Unterrichtsprinzips Politische Bildung bzw. für das Unterrichten des Faches/der Fächerkombination befähigt. Universitäre Angebote im Bereich der Politischen Bildung existieren bis dato an den Universitäten Krems und Klagenfurt bzw. an der Universität Salzburg.

Gegenwärtig gibt es im österreichischen Schulwesen zwölf Unterrichtsprinzipien.⁹ Unter den LehrerInnen sind diese relativ unbekannt. Fast ein Viertel konnte 2008 spontan, d.h. bei ungestützter Fragestellung, kein solches Prinzip nennen (BMUKK 2008). Den höchsten Bekanntheitsgrad innerhalb der Unterrichtsprinzipien hat die Politische Bildung. 49 Prozent der LehrerInnen geben ungestützt an, das entsprechende Unterrichtsprinzip zu kennen, während andere Prinzipien lediglich zwischen drei und 16 Prozent einfallen. Ein Positiveinfluss zugunsten Politischer Bildung durch das mediale Echo von Wahlen mit 16 und der begleitenden Demokratieinitiative ist dabei wahrscheinlich. Der Bekanntheitsgrad des Unterrichtsprinzips Politische Bildung korreliert mit dem politischen Interesse. Unabhängig davon lässt der Prozentsatz keine Schlussfolgerungen über die Qualität und Quantität der Umsetzung von politischen Inhalten im Unterricht zu.

Dazu gibt es wiederum bloß subjektive Erfahrungswerte und Einzelfallstudien (Filzmaier/Ingruber 2001), jedoch kaum umfassende Daten. Das seit über 30 Jahren existierende Unterrichtsprinzip wurde vor 2008 nie vollständig evaluiert. Analog zu den oft unbekanntem Einstellungen der SchülerInnen wird selten erforscht, was LehrerInnen als hauptsächliche VermittlerInnen über Politik und Politische Bildung denken. Das daraus resultierende Wissensdefizit ist umso dramatischer, als LehrerInnen mit Vorurteilen aller Art konfrontiert sind, etwa, dass sie in ihrer politischen Bildungsarbeit parteipolitisch manipulativ agieren würden.

Eine bislang unveröffentlichte Pilotstudie des BMUKK unter LehrerInnen – zu ansonsten internen Teilergebnissen siehe Filzmaier 2008 – hat versucht¹⁰, gesichertes Wissen zu liefern, wobei bewusst zum Teil parallele Fragestellungen gewählt wurden, welche in der oben zitierten BMUKK-Jugendstudie enthalten waren. Im Vergleich zeigen sich sofort augenscheinliche Parallelen hinsichtlich des Demokratieverständnisses und Politikinteresses.

Insgesamt war 2008 eine klare Mehrheit von über zwei Drittel (69 Prozent) der LehrerInnen mit der Demokratie sehr oder etwas zufrieden. Das entsprach exakt den Werten für Jugendliche aus der Parallelstudie. Genauso war 2007/08 in beiden Gruppen rund ein Viertel (28 bzw. 23 Prozent) mit der Demokratie nicht besonders zufrieden. Auch hinsichtlich des politischen Interesses – bis zu zwei Drittel behaupten jeweils, sich sehr oder wenigstens etwas für Politik zu interessieren – gibt es überraschend geringe Abweichungen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen. Die Daten passen genauso zu jahrelangen Daten von Umfragen unter Erwachsenen. Allerdings ist die Hälfte der LehrerInnen mehr oder minder überzeugt, ihre SchülerInnen seien uninteressiert, und bezweifelt die Effektivität der Politischen Bildung.

Es zeigte sich zudem eine unter LehrerInnen sehr kritische Einstellung gegenüber PolitikerInnen und Parteien. 29 Prozent wollen mit Parteien nichts zu tun haben, das entspricht fast exakt dem Wert von 28 Prozent bei SchülerInnen. Erwartungsgemäß bestehen große Berührungspunkte mit der Parteipolitik, die in ihrer Intensität dennoch überraschen. Das führt dazu, dass Auseinandersetzungen mit der (Partei-)Politik im Unterricht vermieden, und im Zweifelsfall wider besseres inhaltliches Wissen andere Themenzugänge gewählt werden. Paradox ist etwa, dass PolitikerInnen in einem Amt – etwa als BezirksvorsteherIn oder BürgermeisterIn usw. – betont neutral dargestellt und nicht als (partei-)politische Menschen angesehen werden.

Bereits die Begrifflichkeit von Politische Bildung ist offenbar problematisch und erzeugt Irritationen bei den LehrerInnen, sowie nach deren Aussage auch unter Eltern und SchülerInnen. Mehrmals wird eine Begriffsänderung von den LehrerInnen angesprochen, wobei als Negativdefinition neue Begriffe sich von Parteipolitik und Indoktrinierung, jedoch auch vom Image der Politischen Bildung als verstaubte Institutionenlehre, lösen müssten. Aus Sicht der LehrerInnen wäre für Politische Bildung Demokratie als positiv besetztes Wort in einem entsprechenden Schulfach und Unterrichtsprinzip passender als der polarisierende Wortstamm Politik.

Noch stärker ist die extreme Unsicherheit der LehrerInnen im Umgang mit der eigenen politischen Position. Das ist der Grund, dass einige LehrerInnen mit großer Skepsis und manchmal Ängsten sich der Politischen Bildung und ihrem Unterrichtsprinzip nähern. Eine Zweidrittelmehrheit der LehrerInnen meint zugleich, dass im Bereich Politische Bildung zu wenig getan wird. Nur eine verschwindende Minderheit von vier Prozent sieht zu viele Initiativen der politischen Bildungsarbeit. Das deckt sich durchaus mit den Meinungen der Jugendlichen, doch hinsichtlich der gewünschten Themen, wo Defizite des Umfangs der Politischen Bildung geortet werden, gibt es zum Teil dramatische Abweichungen (siehe Abbildung 4).

3. Wissen LehrerInnen, was SchülerInnen wollen?

Klare Spitzenreiter unter den Jugendlichen als häufiger zu behandelnde Wunschthemen sind die Gleichbehandlung von Männern und Frauen sowie die Integration von AusländerInnen. Bei den LehrerInnen liegen diese Themen in einer Rangordnung, was zu selten oder gar nicht behandelt wird, lediglich an fünfter und achter Stelle. Der Rest behauptet, das wäre „(sehr) oft“ der Fall. In Zahlen ausgedrückt: Während fast die Hälfte der SchülerInnen mindestens in der Häufigkeit der Themenbehandlung von Geschlechtergleichheit und Integration Defizite im Unterricht ortet, sind bis zu 70 Prozent der LehrerInnen gegenteiliger Meinung.

Demgegenüber meint rund die Hälfte der LehrerInnen (51 Prozent), dass zeitgeschichtliche Themen zu wenig Berücksichtigung finden. Bei Wahlen sind es mit 49 Prozent nahezu ebenso viele. Unter den Jugendlichen meinen hingegen bis zu drei Viertel, dass die Themen Zeitgeschichte – als Zeit des Nationalsozialismus in Österreich abgefragt – und Wahlen ausreichend behandelt werden. Lediglich bei der Globalisierung ist die Einschätzung einer ungenügenden Beschäftigung damit bei SchülerInnen und LehrerInnen annähernd gleich.

(Neue) Medien sind ein Thema, wo ebenfalls für nur rund ein Viertel der Jugendlichen nicht genug getan wird. Diametral dazu sind Fragen von Internet und Demokratie unter LehrerInnen (für 66 Prozent) jenes Thema, das am häufigsten als zu selten besprochen angesehen wird.

Abbildung 4: Rangordnung gewünschter Themenbereiche für Politische Bildung im Vergleich

	Aus Sicht der SchülerInnen geschieht bei ... zu wenig*	Aus Sicht der LehrerInnen wird selten/gar nicht behandelt ...**
Chancengleichheit von Frauen und Männern	44 (1.)	39 (5.)
Integration von AusländerInnen	43 (2.)	31 (8.)
Globalisierung	36 (3.)	29 (9.)
Zeitgeschichte	31 (4.)	51 (2.)
Wahlen und politische Beteiligung	31 (5.)	49 (3.)
EU und Europa	29 (6.)	35 (7.)
Aktuelle politische Ereignisse im Inland	24 (7.)	41 (4.)

Angaben in Prozent bzw. Platzierung. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete jeweils „Wird zu viel, genug oder zu wenig getan für ...?“

Quelle: Filzmaier 2007a (*) und BMUKK 2008 (**) nach OGM-Repräsentativumfragen.

Weniger auffallend sind die Abweichungen beim EU-ropa-Thema und aktuellen Ereignissen, welche dennoch viel häufiger von LehrerInnen als unterrepräsentiert gesehen werden.

Hinsichtlich der Ansichten von LehrerInnen zu Politik und Politische Bildung ist es ebenfalls besonders interessant, diese mit jenen ihrer SchülerInnen bzw. von Jugendlichen zu vergleichen. Für beide Gruppen gibt es zwar ein stark ausgeprägtes institutionelles Verständnis von Politischer Bildung, d.h. die Vermittlung von Fakten wird von 78 Prozent der LehrerInnen und 88 Prozent der SchülerInnen als unabdingbare Basis gesehen, doch ist – anders als bei SchülerInnen – das Bekenntnis zu sozialen Kompetenzen unter LehrerInnen mindestens gleich groß bzw. mit 89 Prozent sogar größer.

Klar befürwortet übrigens seitens der LehrerInnen wird von 68 Prozent ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung, Wählen mit 16 wurde hingegen noch 2008 von fast zwei Drittel (64 Prozent) abgelehnt. Daraus folgt, dass unabhängig von der Fachdiskussion für Wählen mit 16 sehr konkrete und greifbare Bereiche für Politische Bildung geschaffen werden müssen, um eine Negativstimmung der LehrerInnen als Stakeholder mit entsprechenden Folgewirkungen zu vermeiden.

Abbildung 5: Einstellungen von LehrerInnen zur Politik und Politische Bildung

	trifft stark/eher zu	trifft weniger/kaum zu
Politische Bildung heißt vor allem, viel über den Staat und seine Institutionen zu erfahren	78 (88)	23 (10)
Politische Bildung ist vor allem die Förderung von selbstständigem und eigenverantwortlichem Handeln	89 (72)	11 (25)
In der Schule soll es für alle ab 14 Jahren ein ganz eigenes Fach Politische Bildung geben.	68 (71)	30 (28)
Mit politischen Parteien will ich nichts zu tun haben	29 (28)	69 (72)
Manchmal wäre es sinnvoll, einen „starken Mann“ an der Staatsspitze zu haben, der weitgehend allein entscheidet	6 (19)	94 (81)
Dass Jugendliche in Zukunft mit 16 Jahren den Nationalrat wählen können, finde ich gut	33	64
Politische Bildung interessiert die Jugendlichen im Grunde überhaupt nicht, egal, wie sehr wir LehrerInnen uns um Politische Bildung bemühen	48	50

Angaben in Prozent. Die Zahlen in Klammer stellen zum Vergleich den entsprechenden Wert für SchülerInnen dar. Der Rest auf 100 Prozent gab jeweils keine Antwort.

Die Fragestellung lautete „Und nun lese ich Ihnen einige Aussagen über Politik und Politische Bildung vor. Sagen Sie mir bitte, ob Sie diesen zustimmen oder nicht.“

Quelle: BMUKK 2008 nach OGM-Repräsentativumfragen.

4. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Vereinfachend ist der Gesamtbefund für Ansichten von Jugendlichen in Österreich knapp zusammenfassbar: Sie unterscheiden sich hinsichtlich der politisch-gesellschaftlichen Meinungen, Einstellungen und Werte weniger dramatisch von anderen Altersgruppen, als es landläufigen Auffassungen entspricht. Vor allem die Werte für das Demokratie- und Politikverständnis entsprechen – Politik(erInnen)- und Parteienverdrossenheit inklusive – jenen von Erwachsenen. Mehrere Thesen lassen sich als mögliche Schlussfolgerungen aus empirischen Befunden ableiten:

- Es gibt als Ausgangslage für Politische Bildung in Österreich eine durchschnittliche Demokratiezufriedenheit, wenig radikale DemokratiegegnerInnen – jedoch eine gefährliche Zahl von latent unzufriedenen Jugendlichen (und LehrerInnen), welche für politischen Extremismus anfällig sind.
- Im Querschnitt sind Jugendliche eindeutig für mehr Politische Bildung aufgeschlossen als manche Erwachsenengruppen, sowie schulisch an einem entsprechenden Fach interessiert. Salopp ausgedrückt: Neugier für das Thema Politik kann durchaus geweckt werden, eher sind LehrerInnen skeptisch. Insofern ergeben die angesprochene Demokratieinitiative der Bundesregierung 2007/08 für Jugendliche und sogar umstrittene Aktionen wie PolitikerInnen zu ausgewählten Themen ohne Wahlkampfbezug und mit guter Vorbereitung (!) auf Schulbesuch Sinn.
- Beim Interesse für Politik und Politische Bildung ist allerdings eine Zwei- oder Mehrklassengesellschaft von Jugendlichen zu beobachten, d.h. es bestehen starke Korrelationen des Interesses und Wissens mit der sozialen und bildungsbezogenen Herkunft.

Die Dominanz des Integrations- bzw. „AusländerInnen“-Themas lässt hingegen anhand der vorliegenden Daten allein keine (!) Rückschlüsse auf Positionierungen der SchülerInnen bzw. Jugendlichen zu. Eine verstärkte Behandlung von Aspekten des Aufeinandertreffens von Menschen unterschiedlicher Herkunft im Schulunterricht etwa könnten BefürworterInnen einer multikulturellen Annäherung fordern, jedoch ebenso RassistInnen. Demgegenüber zeigt sich in der öfters gewünschte Diskussion von Geschlechterverhältnissen, dass Jugendliche in der Tat für ein verstärktes Gleichberechtigungdenken sind.

Wählen mit 16 hat eine Intensivierung von Programmen der Politischen Bildung in Österreich ausgelöst, die auch unabhängig vom Wahlalter empfehlenswert sind. So hätte die bisherige Fokussierung auf die elfte bis 13. Schulstufe bedeutet, das Thema Wahlen selbst zu behandeln, nachdem 16- bis 18-jährige SchülerInnen je nach Verlauf der Legislaturperioden bereits bis zu fünfmal (auf Gemeinde-, Landes-, Bundes- und EU-Ebene und für das Bundespräsidentenamt) gewählt haben. Gleichzeitig wurde durch die altersmäßige Vorverlagerung der Politischen Bildung versucht, Jugendliche anzusprechen, solange die Schule noch weitgehend einen Lebensmittelpunkt darstellt. Für Lehrlinge ist die Berufsschule nur sehr bedingt ein solcher. Daraus ergibt sich als Notwendigkeit eine verstärkte Politische Bildung als außerschulische Aufgabe seitens der Sozialpartnerschaft (Arbeiter- und Wirtschaftskammer, Gewerkschaften, BetriebsrätInnen usw.), um nicht eine Kluft der Initiativen politischer Bildungsarbeit zwischen Jugendlichen an weiterführenden Schulen und im Berufsleben zu forcieren.

Hinsichtlich der LehrerInnen als PolitikvermittlerInnen und AgentInnen bzw. MultiplikatorInnen politischer Bildungsarbeit ist festzustellen, dass diese weder bessere noch schlechtere DemokratInnen sind als ihre SchülerInnen bzw. der Rest der Bevölkerung. Sie sind auch nicht

per se politisch interessierter oder desinteressierter. Im Umkehrschluss sind LehrerInnen nicht (!) von der Politikverdrossenheit erfasst, jedoch in hohem Maße von PolitikerInnen und Parteien verdrossen, was ihren Unterricht ungleich mehr beeinflusst als die fälschlich behauptete Parteilichkeit.

Vor allem haben LehrerInnen massive Probleme im Umgang mit ihrer politischen Identität sowie zum Teil völlig andere Themenvorstellungen in der Politischen Bildung als ihr schulisches Zielpublikum. Daraus resultieren vielfältige Konsequenzen, etwa aufgrund des Identitätsdilemmas eine scheinbare Objektivität von LehrerInnen anstatt von Transparenz politischer Einstellungen. Unterschiedliche Wünsche, welche Themen Politische Bildung beinhalten soll, bedeuten hingegen keine Notwendigkeit, den Präferenzen von Jugendlichen überall entgegenkommen zu müssen – doch fehlt es womöglich am Bewusstsein, mit von den eigenen Prioritäten stark abweichenden Vorstellungen konfrontiert zu sein.

Genauso ist eine Entpolitisierung der Politischen Bildung latent gefährlich, weil sie das kritische Bewusstsein schmälert und den Autoritätsglauben fördert. Umgekehrt werden Parteien und ParteipolitikerInnen in klischeehafter Form und ohne ausreichenden Sachbezug übertrieben negativ dargestellt. Das ist bedauerlich, weil ja wie erwähnt Jugendliche durchaus den verstärkten (sachbezogenen!) Dialog mit PolitikerInnen wünschen, und bloß von den LehrerInnen eine große Scheu vor solchen Kontakten besteht.

Trotz Anerkennung des eigenständigen Handelns als zentrales Ziel der Politischen Bildung ist das Bild einer mehrheitlich an besonders innovativen, progressiven und zivilgesellschaftlichen Projektarbeiten o.ä. interessierten Jugend und LehrerInnenschaft falsch und müsste erst gezielt gefördert werden. In taktischen Überlegungen werden Parteien als politische Akteure das nicht prioritär sehen, weil der Erst- und JungwählerInnenanteil zu gering ist. Bis zu 25 Prozent der Wähler und Wählerinnen sind in Pension, nur knapp über zehn Prozent unter 30 Jahre alt. Somit ist klar, welche Zielgruppen im Wahlkampf forciert umworben werden.

Für eine Verbesserung der Politischen Bildung und ihrer Didaktik ist daher primär das Bildungssystem gefordert. Notwendigkeiten sind nach der vorliegenden Datenlage ein fortgesetzter Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebots für MultiplikatorInnen sowie der außerschulischen Politischen Bildung. Im schulischen Bereich wurde diese zuletzt intensiviert, und könnte angesichts der Datenlage eines entgegen der Aufregung nach Wahlergebnissen nur bedingten Radikalismus der Jugend vorsichtig positiv bilanzieren. Eine Erkenntnis der skizzierten Forschungsergebnisse ist jedoch, dass einige Zielgruppen besonders intensiv und andere kaum erreicht werden bzw. sich dieser Gegensatz zu verschärfen droht. Das gilt für SchülerInnen und LehrerInnen, nach Schultypen, sowie nach soziodemografischen und regionalen Kriterien gleichermaßen. Hauptzielsetzung für Politische Bildung 2009/10 muss es demzufolge sein, unter dem Motto „*Dorthin gehen, wo es weh tut!*“ den Wirkungsbereich der Bildungsarbeit auf allen Ebenen zu erweitern. Konkrete Handlungsempfehlungen für Politische Bildung in Österreich beinhalten:

- Verpflichtende statt fakultative Fortbildung für MultiplikatorInnen mit entsprechenden Anreizen wie Berufs- und Karrierevorteilen als Motivation. Basis dafür sind systematische statt singuläre Programme sowie einheitliche Standards der Inhalte und ihrer Vermittlung, etwa in Form von Kompetenzmodellen (siehe dazu den Beitrag von Wolfgang Sander in diesem Heft).
- Einen Schwerpunkt für und an Hauptschulen in der LehrerInnenbildung, durch niedrigschwellige Unterrichtsmaterialien sowie eine Stärkung der schulinternen Demokratie zur Einbeziehung der SchülerInnen (etwa als Schulgemeinschaftsausschuss für alle Schultypen

und nicht allein in höheren Schulen). Für die Zeit nach der Haupt- und Polytechnischen Schule sind von Berufsschulen die angesprochenen Kooperationen mit der Sozialpartnerschaft auszubauen.

- Politische Bildung ist schließlich von einem öffentlichen Themenbewusstsein ihrer Wichtigkeit abhängig. Anerkennt die Gesellschaft eine solche, wird das auch Quantität und Qualität der Ressourcen für Politische Bildung erhöhen. Dazu gehört nach der vorliegenden Bestandsaufnahme weiterhin eine kontinuierliche Begleitforschung, was AdressatInnen und VermittlerInnen meinen.

ANMERKUNGEN

- 1 Grundsatzlerlass Politische Bildung verfügbar unter <http://politik-lernen.at> (zuletzt abgerufen am 6. Juli 2009).
- 2 Beispielhaft kann verwiesen werden auf Vollangebote wie <http://politik-lernen.at> oder <http://demokratiezentrum.org>, sowie themen- und parteibezogen auf <http://politikkabine.at>.
- 3 Dazu wurden im August und im September 2006 vom Meinungsforschungsinstitut SPECTRA 1.231 Jugendliche in persönlichen mündlichen Interviews (*face to face*) befragt. Die Stichprobengröße betrug $n = 1.231$, woraus sich eine maximale Schwankungsbreite von $\pm 2,8$ Prozent ergab. Zusätzlich wurde eine qualitative Studie durchgeführt, wobei in der Zeit von November 2006 bis Mai 2007 fünf *focus groups* (moderierte Gesprächsrunden) durchgeführt wurden. Vgl. Friesl et al. 2008, 10.
- 4 Es wurden vom 21. März bis zum 10. April 2007 nach dem Quotenverfahren 1.002 Personen befragt, welche statistisch repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 16 Jahren waren. Da es sich um eine *face to face*-Befragung handelte, sind einzelne Zahlen nicht im Detail mit anderen Daten 2007/08 aus diesem Beitrag vergleichbar, denen Telefoninterviews zugrunde lagen.
- 5 Der Studie im Auftrag des Renner-Instituts liegen eine repräsentative Telefonumfrage unter 1.200 14- bis 20-Jährigen sowie *focus groups* mit Jugendlichen in allen Bundesländern aus der Zeit von Februar bis Juni 2008 zugrunde.
- 6 Für diese ISA/SORA-Studie 2009 im Auftrag des BMUKK wurden in einer telefonischen Nachwahlbefragung als repräsentative Stichprobe nach dem Zufallsverfahren auf Basis von Haushalt-Screenings 1.000 Jugendliche von 16 bis 18 Jahren, also die (möglichen) ErstwählerInnen in der Nationalratswahl am 28. September 2008, befragt. Ergänzend fanden *focus groups* mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus statt.
- 7 Alle kursiven Zitate sind Gesprächsprotokollen zu den – siehe die vorangegangenen und nachstehenden Fußnoten – im Rahmen der einzelnen Studien durchgeführten *focus groups* entnommen, und wurden ebenda mehrmals wörtlich und/oder sinngemäß ausgesprochen.
- 8 Die Studienergebnisse basierten einerseits auf 800 Telefoninterviews unter 14- bis 24-jährigen ÖsterreicherInnen vom 4. bis zum 21. April 2007. Die Stichprobenauswahl erfolgte im Zufalls- und innerhalb des getroffenen Haushalts nach dem Quotenverfahren. Die maximale Schwankungsbreite betrug $\pm 3,7$ Prozent. Eine Faktorengewichtung wurde nach der Media-Analyse 2004 bzw. Statistik Austria 2001 durchgeführt. Andererseits wurde moderierte Gesprächsrunden mit Jugendlichen konzipiert und ausgewertet. Die Zielpersonen dieser Gruppendiskussionen umfassten jeweils nach soziodemografischen und sozioökonomischen Indikatoren einen Querschnitt von Jugendlichen aus unterschiedlichen Milieus. Gruppen wurden hinsichtlich der Kriterien Geschlecht und Milieu gemischt, jedoch bewusst für 14- bis 18-Jährige und 19- bis 24-Jährige gestaffelt organisiert. Bei der Gruppe der 19- bis 24-jährigen Jugendlichen bestand insbesondere eine leichte Übergewichtung von TeilnehmerInnen mit formal höherem Bildungsgrad (Studierende).
Für Telefoninterviews und Rekrutierung von *focus groups*-TeilnehmerInnen muss festgehalten werden, dass am wenigsten an Politik interessierte Jugendliche öfters nicht als Befragungspersonen zur Verfügung stehen wollten als politisch Interessierte. Ein gewisses Maß an positiver Selbstselektion ist daher nicht auszuschließen.
- 9 Neben der Politischen Bildung umfassen die Unterrichtsprinzipien Gesundheitserziehung, Umweltbildung, Sexualerziehung, Interkulturelles Lernen, Gleichstellung von Frauen und Männern, Medienerziehung, Verkehrserziehung, Wirtschaftserziehung, Europaerziehung, Leseerziehung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit.
- 10 Insgesamt wurden als repräsentative (Quoten-)Stichprobe im November 2007 500 LehrerInnen aus Österreich telefonisch befragt. Die Grundgesamtheit und Stichprobe umfassten LehrerInnen aller Schultypen und -fächer. Das

Signifikanzniveau beträgt +/- 4,3 Prozent. Zusätzlich wurden als qualitatives Forschungsinstrument sechs *focus groups* in unterschiedlichen Landeshauptstädten und jeweils mit LehrerInnen aus dem ganzen Bundesland durchgeführt. Eine Gruppe fand nur mit VolksschullehrerInnen statt, ansonsten wurden stets LehrerInnen unterschiedlicher Schultypen und -fächer eingeladen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule/AWS* (Hg.) (2001). Medienpaket Politische Bildung, Wien, Internet: <http://aws.m-services.at/docs/aws.php>.
- Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten/BMUKK* (2008). LehrerInnen und Politische Bildung – Einstellungen zum Unterrichtsprinzip, Wien, unveröffentlichter Forschungsbericht.
- Dachs, Herbert* (Hg.) (1996). Politische Bildung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Heft 1/1996, Wien.
- Dachs, Herbert/Heinz Fassmann* (Hg.) (2002). Politische Bildung: Grundlagen – Zugänge – Materialien, Wien.
- Dachs, Herbert/ Gertraud Diendorfer/Heinz Fassmann* (Hg.) (2005). Politische Bildung, Wien.
- Dachs, Herbert* (2008). Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.). 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich, Wien, 17–34.
- Filzmaier, Peter* (2003). Politische Bildung: Was ist das?, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter* (2007a). Jugend und Politische Bildung – Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-Jährigen, Studie und Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten (BMUKK), Wien, als Kurzbericht verfügbar unter <http://donau-uni.ac.at/dpk>.
- Filzmaier, Peter* (2007b). Politik und Politische Bildung, Wien.
- Filzmaier, Peter* (2008). Politisches Denken von Lehrern und Schülern, Internet: <http://science.orf.at>.
- Filzmaier, Peter/Daniela Ingruber* (2001). Politische Bildung in Österreich. Erfahrungen und Perspektiven eines Evaluationsprozesses, Wien/München.
- Filzmaier, Peter/Peter Hajek* (2005). Jugendstudie im Auftrag der Bundesländerzeitungen, Wien.
- Forum Politische Bildung* (Hg.) (1991ff). Informationen zur Politischen Bildung, Schriftenreihe, Wien, Internet: <http://www.politischebildung.com/>.
- Friesl, Christian/Ingrid, Kromer/Regina Polak* (2008). Lieben – Leisten – Hoffen: Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien.
- Großegger, Beate* (2007). Jugend zwischen MySpace und MTV, in: Beate Großegger/Bernhard Heinzlmaier: Die neuen Vorbilder der Jugend, Wien, 127–162.
- Großegger, Beate* (2008). Jugendkulturen – ein Spiegel der Gesellschaft? Szene-Kids und ihr nicht ganz einfaches Verhältnis zur Politik, Wien.
- IMAS International* (2007). Die politischen Zielsetzungen der ganz Jungen, Älteren und Alten, Report Nr. 8, Mai 2007, Linz.
- Institut für Strategieanalysen (ISA)/SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2009). Jugendstudie nach der Nationalratswahl 2008, Wien (Forschungsbericht im Erscheinen).
- Karlhofer, Ferdinand* (2006). Partizipation von Jugendlichen in Tiroler Gemeinden, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (1997). Jugend und Politik in Westösterreich, Innsbruck.
- Karlhofer, Ferdinand/Gilg Seeber* (2000). Jugend und Demokratie in Tirol, Innsbruck.
- Lange, Dirk/Volker Reinhart* (Hg.) (2007). Basiswissen Politische Bildung: Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht, 6 Bände, Baltmannsweiler.
- Palme, Imma/Peter Filzmaier* (2008). Jugendstudie des Renner-Instituts: Projektbericht, Wien.
- Ptaszynska, Aleksandra/Sabine Westphal/Natalia Waechter* (2008). Learning for Participation: Family, Peers, School, Work and Voluntary organisations, in: Wolfgang Gaiser/Reingard Spannring/Günther Ogris (Hg.): Youth and political participation in Europe. Results of the comparative study EUYOUPART, Leverkusen, 87–103.
- Sander, Wolfgang* (2007). Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Taunus.
- SORA – Institute for Social Research and Analysis* (2005). „Wählen heißt erwachsen werden!“ – Analyse des Wahlverhaltens 16- bis 18-jähriger Jugendlicher bei den Wiener Landtagswahlen 2005, Wien.
- Ullram, Peter* (2007). Jugend und politische Orientierungen, Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ), Wien.

AUTORINNEN

Peter FILZMAIER, Univ.-Prof. Dr., ist Professor für Demokratiestudien und Politikforschung sowie Leiter des Departments Politische Kommunikation an der Donau-Universität Krems und geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien.

Korrespondenzadresse: Department Politische Kommunikation, Donau-Universität Krems,
Dr. Karl Dorrek-Straße 30, 3500 Krems
E-Mail: peter.filzmaier@donau-uni.ac.at

Cornelia KLEPP, Dr.ⁱⁿ, ist Universitätsassistentin im Arbeitsbereich Didaktik der Politische Bildung an der Universität Wien sowie geschäftsführende Leiterin und wissenschaftliche Koordinatorin des Master-of-Science-Studienprogramms Politische Bildung der Universitäten Krems und Klagenfurt.

Korrespondenzadresse: Didaktik der Politischen Bildung, Universität Wien, Thurgasse 8/12,
1090 Wien
E-Mail: cornelia.klepp@univie.ac.at